

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1913**

95 (24.4.1913) Erstes Blatt

# Volkstfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementspreis: Zugestell monatl. 75 s., vierteljährl. 2,25 M.; abgeholt monatl. 85 s.; am Postfach Nr. 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 7/7 Uhr. Postfachkonto Nr. 2650. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, 11. Zeile, oder deren Raum 20 s. Lokalinserate billiger. Schluß d. Inseratenannahme 1/9 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittage zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei West & Cie., Karlsruhe.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

### Größliche Mißachtung des Reichstages durch die Militär-Autokratie.

Um für den Chef des Militärkabinetts im teuersten und vornehmsten Teile Berlins eine Dienstwohnung nebst anschließenden Büreauflächen zu erhalten, hat sich das Kriegsministerium in einen ungläublichen Grundstücksdeal eingelassen, der auch eine größliche — und sicher auch bewußte — Mißachtung des Reichstages darstellt. Dieser geradezu tolle Grundstücksdeal, der sowohl im Reichstage wie auch im preussischen Landtag bereits viel Staub aufgewirbelt hat, ist mit einem Grundstückspekulanten v. Winterfeld abgeschlossen worden. — In der Dienstausschreibung der Budgetkommission des Reichstages stand die laubere Angelegenheit zur Beratung. Sie brachte dem Kriegsministerium, wie auch dem Reichschatzamt und dem Reichskanzler, die alle von dem ungläublichen Handel Kenntnis hatten, eine schwere und blatte Niederlage. Schon der Referent, Abg. Erzberger, beantragte, die diesen Handel betreffenden Titel im Etat abzulehnen. In einer ebenso scharfen wie sachlich begründeten Rede geißelte Gen. Stübben das Vorgehen der Militärverwaltung.

Gen. Stübben führte folgendes aus: Das Kriegsministerium hat in der letzten Zeit Grundstücks-Transaktionen der bedenklichsten Art vorgenommen. Die Grundstücke Prinz Albrecht-Straße 6, Königgräberstraße 121 und das Gebäude des Militärkabinetts, Behrenstraße 66, wurden für den Preis von 6 724 000 M. an den Bankdirektor v. Winterfeld abgelassen. Winterfeld verpflichtete sich dafür, auf Rechnung des Kriegsministeriums die Grundstücke Wilhelmstraße 78 neben dem Palais des Reichskanzlers, ferner das Grundstück Viktoriastraße 34 zu kaufen und außerdem 440 000 M. herauszugeben. Auf dem Grundstück Viktoriastraße 34 befindet sich eine Villa, die dem Chef des Militärkabinetts als Dienstwohnung überwiesen werden sollte. In den Garten neben dieser Villa ist ein Haus gebaut worden, das 19 Geschäftsräume und 2 Wohnungen zu 5 resp. 6 Zimmer für zwei Sekretäre und 8 Wohnungen für Unterbeamte enthält. Alles ist ziemlich fertig, ohne daß der Reichstag befragt wurde. Der Militärverwaltung war bekannt, daß der preussische Fiskus auf die Grundstücke Prinz Albrechtstraße 6 und Königgräberstraße 121 reflektierte. Der Agent v. Winterfeld hat nun diese beiden Grundstücke, die ihm mit 3 1/2 Millionen Mark angerechnet werden, dem preussischen Fiskus für 6 Millionen Mark angeboten. Ihm würden 2 600 000 zufließen. Die preussischen Steuerzahler wären damit um 2 600 000 M. geschädigt und zwar durch die Schuld des Kriegsministeriums. Das Grundstück Viktoriastraße 34, in der feinsten und teuersten Gegend Berlins, ist mit 3 1/2 Millionen Mark angelegt. Rechnet man für die Villa, die dem Chef des Militärkabinetts als Dienstwohnung überlassen werden soll, zwei Millionen Mark, so ergibt sich, daß diese Dienstwohnung dem Reich pro Jahr 120 000 Mark an Zinsen und Unterhaltung kosten würde. Diese Verschwendung ist einfach ungeheuerlich. Dienstwohnungen haben nur die kommandierenden Generale, dem Chef des Militärkabinetts eine Villa als Wohnung zu überlassen, liegt nicht der mindeste Anlaß vor. Der Chef des Militärkabinetts ist soviel auf Reisen, daß es vielleicht besser wäre, ihm zu seinem hauptsächlichsten Aufenthalt einen Eisenbahnwagen zu kaufen, nicht aber eine Villa in der teuersten Gegend Berlins. Das ist eine treffende Illustration zu der vielgerühmten preussischen Einfachheit. Wir sind stets bereit, den Beamten gesunde Wohnungen zu geben, aber es grenzt an Wahnsinn, solche Wohnungen in einer Gegend Berlins zu bauen, in der jeder Fußbreit Boden mit Gold aufgewogen wird. Zugabe sei, daß einzelne Unterbeamte in dem Grundstück Behrenstraße 66 ungeeignete Wohnungen haben. Reichen die Räume dort nicht aus, dann nehme man dem Chef des Militärkabinetts die dortige Dienstwohnung und gebe ihm die übliche Mietsentschädigung von 15 000 M. In der Behrenstraße, einer ebenfalls sehr teuren Gegend, ein militärisches Dienstgebäude zu unterhalten, ist unwirtschaftlich im höchsten Grade. Man soll dieses Grundstück verkaufen und ein Dienstgebäude auf fiskalischem Boden auf dem Tempelhofer Feld errichten. Wie kommt nun aber die Geeresverwaltung dazu, um dem Reichskanzler gefällig zu sein, dieses Grundstück zu kaufen? Ist das Kriegsministerium eine Zentrale für Grunderverwerb? — Bei der Beratung des Not-Etats hat sowohl der Kriegsminister als auch der Schatzsekretär erklärt, feste Verträge seien nicht abgeschlossen, vielmehr seien die Abmachungen mit dem Agenten v. Winterfeld getroffen, unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Reichstages. Tatsächlich aber hat man dem Winterfeld feste Zusicherungen gemacht, die diesen veranlaßten, die ganzen Transaktionen mit einem Aufwand von 11 Millionen Mark zu machen. Winterfeld hat gedroht, das Reich auf Schadenersatz zu verklagen. Die Kommission müsse einen dicken Strich durch dieses geradezu ungeheuerliche Geschäft machen. Winterfeld

möge sich mit seinen Entschädigungsforderungen, die in die Millionen gehen, an jene Personen halten, die ihm völlig unbefugt Zusicherungen gegeben haben. Das Reich sei nicht verpflichtet, für Handlungen aufzukommen, die begangen wurden unter größlicher Verletzung des Budgetrechtes des Reichstages. Die Geeresverwaltung wollte den Reichstag vor eine vollendete Tatsache stellen, weil sie wissen mußte, daß der Reichstag, wenn er vorher gefragt worden wäre, niemals seine Zustimmung gegeben hätte. Diese Umgehung des Reichstages ist ein fast landläufiges, besonders in einer Zeit, in der dem Volke ungeheure Lasten aufgebürdet werden. Redner bitte, die Zustimmung zu diesen verfassungswidrigen Handlungen zu verweigern, die Schuldigen mögen den Schaden tragen.

Schatzsekretär Kühn glaubte nach dieser eindrucksvollen Darstellung dem Kriegsministerium zu Hilfe eilen zu müssen. Der Landtag habe erst neuerdings Wert auf das Grundstück gelegt, das an das Landtagsgebäude angrenze; früher habe Preußen das Angebot, dieses Grundstück zu erwerben, abgelehnt. Die Verwaltung wollte mit dem Grundstücksdeal erreichen, daß neue Kosten bei Schaffung einer Dienstwohnung für den Chef des Militärkabinetts nicht entstehen. Das werde auch erreicht durch die vorgeschlagene Regelung. — Generalleutnant Stabs wandte sich lebhaft gegen Stübben. Der Militärkabinetts habe ganz richtig gegen Preußen gehandelt. Von einem vertraglichen Auftrag an Winterfeld sei keine Rede. — Der Abg. Schiffer erklärte, so harmlos, wie General Stabs die Sache darzustellen versuche, sei sie nicht. Die Erwerbung eines Gebäudes in der Viktoriastraße spreche gegen jede Wirtschaftlichkeit und könne unter keinen Umständen gerechtfertigt erscheinen. An der Märie hängen 2,6 Millionen Mark, die wahrscheinlich entweder die Steuerzahler im Reich oder die in Preußen aufbringen müssen. Winterfeld müsse von kompetenten Stellen bestimmte Aufträge erhalten haben, sonst würde er sich gehütet haben, ohne jede Sicherheit ein in die Millionen gehendes Geschäft zu unternehmen. Wenn der Reichstag dem Handel die Zustimmung verweigere, komme der Prozeß gegen den Fiskus, dessen Ausgang mindestens sehr zweifelhaft für den Fiskus sein werde. Die Verwaltung habe sich offenbar vorsätzlich gebunden. Winterfeld müsse Zusicherungen erhalten haben, die ihn zu der Auffassung gelangen ließen: Kaufe und baue. — Ein Regierungsbaumeister befruchtete, daß Winterfeld einen strikten Auftrag erhalten hat. Es seien ihm „nur“ Unterlagen für den Bauplan zu dem Bau in der Viktoriastraße gegeben worden. Man müsse aber immerhin mit der Möglichkeit rechnen, daß der Fiskus einen etwaigen Prozeß verliere und die zu machenden Aufwendungen dann in die Millionen gehen werden. Darum sei es materiell vorteilhafter, der Regierungsforderung zuzustimmen.

Diese Darlegungen riefen in der Kommission große Erregung hervor. Abg. Reiching forderte die Ablehnung. Der Reichstag müsse fest bleiben, um der Regierung zu beweisen, daß sie ohne das Parlament solche Transaktionen nicht unternehmen dürfe. — Genosse Koste betonte, die Verwaltung habe unter Mißachtung des Reichstages gehandelt in der Hoffnung, der Reichstag werde auch diese Zumutung nicht zurückweisen. Das Parlament würde sich einer groben Pflichtverletzung schuldig machen, wenn es seine Zustimmung geben würde. Hier müsse rücksichtslos eingegriffen werden. — Abg. Erzberger gab einen Brief von Winterfeld bekannt, in welchem B. behauptet, er habe von den kompetentesten Stellen den besten im mten und klaren Auftrag zur Erwerbung der fraglichen Grundstücke und zum Bau in der Viktoriastraße erhalten. Die Baupläne sind vom Kriegsministerium ausdrücklich genehmigt worden. (Lebhafte Erregung in der Kommission.) Der Reichstag sei von der Regierung in schwerster Weise brüskiert worden. Die glatte Ablehnung der ganzen Transaktion des Kriegsministeriums sei zwingende Pflicht des Parlaments. — Schatzsekretär Kühn schließt daraus, daß der Reichstag ja annehmen oder ablehnen könne, daß von einer Brüskierung nicht gesprochen werden kann. Ihm wurde aber sofort erwidert, daß der Entschädigungsanspruch des Spekulanten Winterfeld im Betrage von 2,6 Millionen bestehen bleibt, der, falls der Fiskus den Prozeß verliert, entweder vom Reich oder von Preußen getragen werden müsse. — Kriegsminister v. Heeringe versuchte Glauben zu machen, Winterfeld habe keinen bindenden Auftrag erhalten, es bestehe nur eine moralische Verpflichtung zur Entschädigung, falls der Reichstag dem Grundstücksgeheimnis die Zustimmung verweigere. Vor dem Militärkabinetts sei das Kriegsministerium nicht zu Kreuze gefahren, sondern habe geglaubt, ein vorteilhaftes Geschäft abzuschließen.

Gegen die drei Stimmen der Konserverativen wurde sodann der vorgeschlagene Grundstücksdeal abgelehnt. Das bedeutet eine schwere Niederlage der Regierung, die glaubte, mit dem Staatsrecht des Reichstages nach Belieben umspringen zu können. Sie ist offenbar dadurch kühn gemacht worden, weil ihr in den letzten Jahren so ziemlich alle Forderungen ohne nennenswerten Widerstand bewilligt worden sind.

### Verletzung des Budgetrechtes.

In der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ ist zu lesen:

„Freiwillige Beiträge zu den Kosten der Wehrevorlagen gehen der Reichshauptkasse fortgesetzt in erheblichem Umfange zu. Es befinden sich darunter sowohl große Beiträge reicher Kaufleute und Gewerbetreibender als auch Spenden aus den ärmeren Bevölkerungsschichten. Mehrere Kriegervereine, ein Evangelischer Arbeiterverein und andere Vereinigungen sind mit kleineren und größeren Summen vertreten. Ein höherer Forstbeamter gab freiwillig ein Zehntel seines Vermögens. Die Deutschen in Antwerpen veranfaßten aus eigenem Antriebe eine Sammlung, die binnen weniger Tage einen Ertrag von 150 000 M. erbrachte. Der Reichskanzler sprach für alle Spenden bereits im Reichstage öffentlich den Dank des Vaterlandes aus.“

Es ist uns unbegreiflich, daß noch niemand, weder eine Zeitung noch ein Abgeordneter im Reichstag, Einspruch dagegen erhoben hat, daß die Reichskasse solche Gelder annimmt und in die Betriebsmittel des Reiches überführt. Darin liegt nach unserer Auffassung eine schwere Verletzung des Budgetrechtes des Reichstages. Der Reichstag hat das Recht, die Einnahmen und Ausgaben des Reiches zu bewilligen. Ohne Zustimmung des Reichstages darf die Reichskasse weder etwas ausgeben noch etwas einnehmen.

Die Bindung des Einnahmerechtes der Reichsverwaltung an die Bewilligung des Reichstages bedeutet aber nicht nur, daß dadurch die Bürger vor willkürlicher Belastung bewahrt werden sollen, sondern die Bindung ist absolut. Sie bedeutet, daß die Reichskasse überhaupt keinerlei Einnahmen haben kann, die sich der Kontrolle des Reichstages entziehen können. Anders könnte ja die Reichsregierung in den Stand gesetzt werden, Rüstungsausgaben zu machen, ohne daß der Reichstag sie bewilligt hat. Sie hat ja Geld, das den Reichstag nichts angeht und über dessen Herkunft und Menge sie ihm nichts zu sagen braucht.

Und daß Rüstungsausgaben nicht nur eine finanzielle, sondern auch eine politische Seite haben, braucht nicht weiter auseinandergelegt zu werden.

Also: der Reichstag, zum mindesten die Opposition, muß Einspruch gegen die Annahme dieser freiwilligen Spenden durch die Reichskasse erheben.

### Die Rüstungsvorlage im elsass-lothringischen Landesparlament.

In der Sitzung vom Dienstag kam im elsass-lothringischen Landtage die neue Rüstungsvorlage und ihre Deckung zur Sprache. Die sozialdemokratische Fraktion hatte in der letzten Sitzung eine Interpellation eingebracht, die Auskunft über die Stellungnahme der elsass-lothringischen Bundesratsbevollmächtigten zur neuen Rüstungsvorlage verlangte. Die Interpellation beherrschte die Sitzung vollständig. Genosse Peirotes begründete die Interpellation, wonach das Parlament wissen will, was die elsass-lothringische Regierung veranlaßt hat, die Zustimmung zu dieser, so tief in das Erwerbseleben des Volkes eingreifenden Vorlage zu geben. — Der Staatssekretär Jorbon v. Bulach verlas hierauf die Antwort des Statthalters, nach der in altbekanntem Redensarten erklärt wurde, die Maßnahme der Reichsregierung entspräche den berechtigten Interessen der elsass-lothringischen Bundesratsbevollmächtigten und mit der Haltung des elsass-lothringischen Zentrums, das bei der Verfassungsfrage Arm in Arm mit den preussischen Junkern ging und sich hier im Lande als radikale Partei aufspielen wolle. — Ein liberaler Abgeordneter, der zugleich Referent ist, führte an Stelle einer klaren Antwort einen Cierrat auf. — Inzwischen hatten die Zentrumsmitglieder eine andere Resolution eingebracht, die so lendenlam war, daß sie sogar indirekt zum Ausdruck brachte, das Parlament verzieht auf das Recht, die Regierungshaltung zu kritisieren. Dieser Resolution wollten die Liberalen zustimmen, was eines ihrer Mitglieder veranlaßte, recht energisch für die sozialdemokratische Resolution einzutreten. Seine Ausführungen schloß der fortschrittliche Abgeordnete mit den Worten: „Nieder mit den wahnwitzigen Rüstungen! — Hoch der Völkervereinigung!“ — Nachdem von sozialdemokratischer Seite die schwächliche Haltung des Zentrums gebührend gebrandmarkt war, änderte das Zentrum seine Resolution in eine schärfere Fassung um. — In namentlicher Abstimmung wurde die sozialdemokratische Resolution abgelehnt, die der bürgerlichen Parteien dagegen angenommen.

ere  
ber-  
te  
550  
Keste  
angeben  
r. hoch  
gstraße  
en Kirche.  
n, Herde  
chen-  
Artike.  
noch am  
en bei  
ARX,  
15.  
en will  
Verren-  
Schube,  
ur in  
Geschäft  
28  
hringer-

Das elsaß-lothringische Volk wird aus dieser Debatte ersehen haben, daß die Opposition im Zentrum weiter nichts als Komödie ist.

### Untersuchungs- oder Vertuschungskommission?

Die Budgetkommission des Reichstags hat am Dienstag den Antrag des Zentrums auf Einberufung einer besonderen Kommission zur Prüfung der Militär- und Marineleistungen angenommen sie hat aber einen sozialdemokratischen Antrag, dieser Kommission das Recht der zeugeneidlichen Vernehmung zu geben, gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Man hat gegen den sozialdemokratischen Antrag geltend gemacht, daß es zu seiner Durchführung eines besonderen Gesetzes bedürfe. Warum macht man dieses längst notwendige Gesetz nicht? Im Reichstag kann es im Handumdrehen angenommen werden, und der Bundesrat würde ihm kaum die schleunige Zustimmung verweigern können, wenn er sich nicht dem Verdacht aussetzen wollte, die Vertuschung strafbarer Handlungen zu begünstigen. Es ist nur zu wünschen, daß der sozialdemokratische Antrag im Plenum wiederholt wird und daß er dort ein besseres Schicksal findet als in der Kommission.

Wird dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß das Recht der Zeugenvernehmung verweigert, dann ist Tausend gegen Eins zu wetten, daß bei seiner Prüfung sehr wenig herauskommen wird. Es wird dann statt einer Untersuchungs- oder Vertuschungskommission eine Vertuschungskommission sein und eine Vertuschungskommission obendrein. Denn der entscheidende Augenblick zur Verwertung der gewonnenen Ergebnisse liegt vor dem Abschluß der neuen Militärlieferungsverträge, die sofort nach der vorausgesetzlichen Bewilligung der Heeresvorlage zum Vollzug gelangen werden. Werden diese Verträge vor Abschluß der Untersuchung abgeschlossen, dann hat die Kommission das Nachsehen; sie kann dann wohl auf Grund unzureichender Materials — wenn sie keine Zeugen vernehmen kann — ein wenig hinterdrein rasonieren, aber ändern kann sie dann nichts mehr.

Es ist also notwendig, daß der Kommission alle Befugnisse verliehen werden, die sie befähigen, zu einem fürdurbaren Ergebnis zu gelangen, und daß der Abschluß neuer Lieferungsverträge so lange aufgeschoben wird, bis ihr Gutachten dazu vorliegt. Wird aber die Militärvorlage über Geld und Kopfgewonnen, werden Krupp, Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken und die anderen Lieferungsinteressenten abermals Millionen und Abermillionen an Profitten in den Schoß geworfen, so bleibt die hinterdrein einsehende mit unzureichenden Mitteln arbeitende parlamentarische Untersuchung eine Komödie.

### Alldeutsche und Wehrvereiner triumphieren.

Die Regierung bestreitet, vom Wehrverein auf die Bahn der neuen Heeresvermehrung gedrängt worden zu sein. General Klei mer aber kann den Stolz seiner Vaterkraft nicht verleugnen. So führte er am letzten Sonntag auf dem alldeutschen Verbandstag in München aus:

„Alles, was die Regierung und auch die Redner der nationalen Parteien zur Begründung der Wehrvorlage vorbrachten, ist schon seit 1 1/2 Jahren vom Wehrverein und auch vom Alldeutschen Verband in Wort und Schrift gesagt worden. Selbst die Rede des Herrn Reichskanzlers steht insofern auf dem Boden des Alldeutschen Verbandes, als er mittelbar selbst die Legende vom verführten Frankreich und dem uns gutgemeinten Ausland zersören half. Ich möchte hervorheben, daß der Haupt- und Grundfehler unserer ganzen bisherigen Politik darin bestand, daß man den uralten Leitsatz aus den Augen verloren hatte: „Politik ist Wille zur Macht“. Bei uns ist die Politik aber überwiegend so aufgefaßt worden, als ob es die höchste Staatskunst sei, unter allen Umständen den Willen zum Frieden zu betätigen. Das lautet in bürgerlicher Auffassung, in sittlicher Auffassung, in christlicher Auffassung sehr hübsch, aber die Weltgeschichte lehrt überall, daß nur die Völker sich in der Welt kraßvoll behauptet haben, die

den Willen zur Macht höher stellten als den Willen zum Frieden schiedtweh.“

Daß die Regierungen nach den Konzepten des Wehrvereins gearbeitet hat, ist so klar, daß es eines Beweises kaum noch bedürfte. Die Keimische Lehre, daß der Wille zur Macht stärker sein müsse als der Wille zum Frieden, mit andern Worten, daß man eines Tages zu Machterweiterungszwecken den Frieden brechen müsse, ist in der Tat die einzige logisch mögliche Begründung für die neue Militärvorlage. So ist sie in Frankreich aufgefaßt worden und Herr Keim bestätigt den Franzosen, daß ihre Auffassung richtig ist.

Auch sonst ging es in München munter zu. Herr Claß prophezeite den nahen Krieg mit Rußland und der Admiral z. D. Breusing erklärte die englischen Vorschläge bezüglich des Feierjahres im Weltkrieg natürlich für unannehmbar.

Die Lederstrumpfpolitik der Alldeutschen wirkt auf jeden ruhig Denkenden lächerlich und abstoßend. Leider darf man den Einfluß dieser kleinen lärmenden Gruppe auf die Regierung nicht unterschätzen.

### Deutsche Politik.

Der Kriegsminister sitzt fest im Sattel. Die „National-Zeitung“ vom Dienstagabend schreibt:

„Zu Gerichten über eine Erschütterung der Stellung des Kriegsministers v. Seezingen hören wir, daß man sich in parlamentarischen Kreisen die schwierige Position des Kriegsministers nicht verbefelt, aber trotz mancher Meinungsverschiedenheiten seine energische und auch geschickte Vertretung des Militäretats durchaus anerkennt. Dies Verhalten des Kriegsministers im „Fall Krupp“ wird als völlig einwandfrei angesehen und man ist der Ansicht, daß er in dieser peinlichen Affäre in jeder Hinsicht seine Schuldigkeit getan hat. Die gegen Herrn v. Seezingen aus Anlaß der Liebesbriefchen Enthüllungen erhobenen Vorwürfe erscheinen um so weniger angebracht, als man zu wissen glaubt, daß der Kriegsminister bereits vor einiger Zeit sein Entlassungsgesuch eingereicht und nur den Wunsch ausgesprochen habe, noch die Wehrvorlage vor dem Reichstage zu vertreten.“

Die Sozialdemokratie schließt die Landwirtschaft. Wegen das „Berliner Tageblatt“, das zu beweisen sucht, daß der Großgrundbesitz von der Militärvorlage nur Vorteil habe, wendet sich die „Neuzzeitung“ mit folgender Feststellung:

Wie im Reichstage auch sonst schon zur Genüge hervorgehoben worden ist, trifft die Arbeiteremigration, die in der jährlich um 67 000 Köpfe erhöhten Refraktenemigration liegt, vorzugsweise die Landwirtschaft. Und bei einem guten Teil dieser 67 000 handelt es sich nicht nur um die zwei Jahre des Dienstes. Denn man weiß aus den bisherigen Erfahrungen, wie sehr der Militärdienst die Landflucht befördert. Das ist ein Riesennepfer, das der Landwirtschaft auferlegt wird. ... Die einzige Partei, die der Landwirtschaft dieses Riesennepfer ersparen will, indem sie die neue Heeresvermehrung ablehnt und bekämpft, ist die Sozialdemokratie. Die „Neuzzeitung“ gibt mit ihrer Feststellung zu, daß die Landwirtschaft in diesem Falle wenigstens nur bei der Sozialdemokratie Schutz findet.

Naumann Reichstagskandidat. Die Fortschrittler werden im Wahlkreis Walded-Phronon, wo durch die Reduzierung des Mandats des Antisemiten Vietmeyer eine Nachwahl stattfinden muß, Friedrich Naumann aufstellen. Der Antisemit ist 1912 in der Stichwahl mit knapper Mehrheit gewählt worden, jedoch ein Sieg Naumanns nicht ausgeschlossen ist.

Hollernmähigungen aussichtslos. Etwa 15 000 lippische und westfälische Wanderarbeiter (Ziegler) sind bei ihrer Kampagnearbeit auf den Speck eines ihrer Hauptnahrungsmittel angewiesen. Er ist aber so im Preise gestiegen, daß die Arbeiter jetzt erheblich mehr für ihre Ernährung ausgeben müssen. So gar ein christlicher Arbeiterverein hat sich veranlaßt, die lippische Regierung um die Befürwortung von Hollernmähigungen beim Bundesrat anzugehen. Sie hat dem Verein mit folgendem Schreiben geantwortet:

„Nach den auf andere Veranlassung eingezogenen Erkundigungen an maßgebender Stelle erscheint ein Antrag an den Bundesrat auf Ermäßigung der Eingangszölle und Untersuchungsgebühren auf ausländische Fleischwaren zurzeit völlig aussichtslos, weshalb von der Einbringung eines solchen Antrages Abstand genommen ist.“

Ein Antrag an den Bundesrat und eine ausführliche Begründung unter Hinweis auf wichtige Arbeiterinteressen hätte

zum mindesten nichts geschadet. Aber die Regierungen getrauen sich so wenig, wider den Stachel des agrarischen Nachgebots zu lächeln, daß sie sogar darauf verzichten, auch nur Anträge zu stellen.

Der „Erfolg“ der preussischen Germanisierungspolitik. Die Abgeordneten in der preussischen Duma bewilligen alljährlich Millionen zur Unterdrückung der polnischen Bevölkerung, trotzdem will das Vorhaben nicht gelingen. Je mehr Millionen nutzlos verpulvert werden, um so größer scheint der Einfluß der Polen zu werden. In Pommern kam schon seit geraumer Zeit ein hartes Anwachsen des Polenstums konstatiert werden. Wie sehr hier die Polen an Zahl und Einfluß zunehmen, zeigt sich besonders im Kreise Bülow. Im Jahr 1911 zählte man im Jahre 1911 rund 1200 polnische Schulkinder, aber 28 vom Hundert der Gesamtzahl. 1912 waren bereits 1300, oder etwa 30 Prozent der Gesamtzahl vorhanden. Die neuen katholischen Landschulen sind mit einer Ausnahme ganz oder überwiegend polnisch. Von den 40 evangelischen Landschulen waren 1910 noch mehr als die Hälfte deutsch, 1911 nur noch ein Viertel und 1912 noch rund ein Fünftel. Mehr als ein Viertel dieser Schulen zählen bis zu 10 Prozent polnische Schulkinder, mehr als ein Viertel 10 bis 30 Prozent und mehrere Schulen sogar ein Drittel bis ein Halb polnische Kinder.

### Ausland.

#### Schwiz.

Zur deutsch-französischen Verständigungskonferenz haben sich bis jetzt 120 Parlamentarier angemeldet. Die Konferenz wird in der Aula der Universität tagen.

#### Belgien.

Aufruf der sozialdemokratischen Parlamentarier. Die parlamentarische Fraktion der Arbeiterpartei erläßt folgenden Aufruf an die Arbeiter:

„Die Kammer hat soeben durch einstimmiges Votum die Erklärung der Regierung gutgeheißen, deren Bedeutung die Vertreter der Arbeiterpartei bereits am 18. April anerkannt und betont hatten. Unter diesen Umständen ist die Fraktion einstimmig der Meinung, daß die Arbeiterpartei beraten muß. Das Streikkomitee wird am Mittwochvormittag zusammentreten, um über den Antrag auf Einberufung des außerordentlichen Parteitagess für Donnerstag nachmittag zu beraten.“

#### Frankreich.

Caillaux gegen die dreijährige Dienstzeit. Der frühere Ministerpräsident Caillaux hielt vor seinen Wählern in Provelles (Departement Sarthe) eine Rede, in der er erklärte, er könne die Militärvorlagen, besonders das Gesetz über die dreijährige Dienstzeit, nicht als Dogmen ansehen. Er lehne den von den Sozialisten befürworteten Gedanken einer Milizarmee ab, aber ebenso sei er Gegner einer Berufsarmee. Er sei ein Anhänger der Idee des Volkes in Waffen, welches in der Zeit der Gefahr bereit sei, das Vaterland in Blut und Schwitz mit der aktiven Armee gegen den Angreifer zu verteidigen. Man müsse sich das Beispiel der Balkanarmee vor Augen halten, die mit Soldaten, von denen die jüngsten über 30 Jahre alt waren, Adrianopel eroberten. Zum Schluß forderte Caillaux die Abschaffung aller Ungleichheiten und Vorrechte, die unter dem Schutze der bestehenden Wehrgesetze entstanden seien. Er wolle von den Wählern für den Militärdienst nur die unerlässlichsten Opfer verlangen. Er werde alle Vorschläge bekämpfen, die in der französischen Armee eine Aristokratie schaffen könnten.

#### China.

Parlament und Präsidentenwahl. Der „Times“ wird aus Peking gemeldet: „Zwölf Tage sind seit der Parlamentsöffnung vergangen, und noch immer ist kein Schritt vorwärts getan zur Organisation des Geschäftsganges in einem der beiden Häuser. Verschiedene sogenannte vorbereitende Sitzungen wurden zwar abgehalten, um die Wahl des Vorsitzenden zu erörtern, aber sie scheiterten jedesmal an der Obstruktionstaktik der drei kleinen Parteien, die dem Präsidenten Yuanseichai Geologischkeit leisten und im Verhältnis zu der nationalpolitischen Kuomintangpartei eine ganz unbedeutende Minderheit bilden. Die Sitzungen enden in der Regel damit, daß die Obstruktionpartei den Saal verlassen und hierdurch eine völlige Störung der Verhandlungen herbeiführen. Die brennendste Frage des Augenblicks ist, ob der Präsident vor oder nach der Annahme der Verfassung seitens des Parlaments gewählt werden soll. Die Regierung wünscht die Ernennung des Präsidenten zuerst vorzunehmen,

### Der Baldamus und seine Streiche

Von Oskar Böhrle.

24 (Nachdr. verb.) (Fortsetzung.)

Mitte Januar ging's nach Biskra zurück. Hier wurde ich krank; doch ließ ich mir nichts anmerken, so daß ich noch die Fahrt nach Algier mitmachen konnte. Hier aber überfiel mich das Fieber mit aller Gewalt. Ich kam ins Lazarett und lag auf Leben und Tod. Als es mir wieder besser ging, sagten meine Bettnachbarn, daß ich oft nachts phantasiert und geschrien habe. Der Stabsarzt, der mich behandelte, war aus dem Elsaß gebürtig und nicht weit von mir daheim. Er nahm sich meiner an, wo er nur konnte und erwirkte mir manche Vergünstigung. So setzte er durch, daß ich zur Ausheilung in ein Genesungsheim nach Frankreich geschickt wurde, in der Nähe von Marseille. Als ich wieder europäischen Boden unter den Füßen hatte, wußte ich, daß ich freiwillig nicht mehr zurückgehen würde. Sechs Wochen war ich in der Anstalt und freute mich meines Lebens. Ich blühte ordentlich auf, nahm zu und machte mir keinerlei Sorgen um die Zukunft. An einem Samstag Mittag rief mich der Chefarzt auf die Schreibstube und teilte mir mit, daß ich am Montag früh wieder zum Regiment zurückkäme. Ich wartete aber den Montag Morgen gar nicht ab, sondern machte mich schon in der Sonntag-Nacht auf und davon. Als ich um zwölf Uhr zur Saalküre hinauswollte, sah mich ein Krankenwärter und fragte mich: Wohin? Ich sagte, auf das Kabinett, nämlich mich aber in die Anlagen hinaus und erklomm die Mauer. Oben zauderte ich einen Moment. Nein, es gab keinen anderen Ausweg, als die Flucht, selbst auf die Gefahr hin, ertappt und zurückgebracht zu werden. Vorwärts! Als ich die Mauer hinuntergesprungen war, blieb ich einen Augenblick stehen und lauschte. Nichts

rührte sich. Vorsichtig schlich ich weiter. Als ich mich weit genug glaubte, fing ich an zu rennen, so stark ich nur konnte. Manchmal legte ich mich auf den Boden, um besser zu veratmen.

Erst gegen Tagheiter sah ich das Meer. Jetzt wußte ich genau, wie ich zu gehen hatte. Freilich hieß es auch doppelt und dreifach aufpassen. Ohne Mühe, im Regimentsarsenal und den braungefärbten Krankenhausholten mußte ich überall aufpassen. Auch konnte ich mir denken, daß bald die Gendarmerie benachrichtigt sei und mich suche. Darum versteckte ich mich im dicksten Wald, schlief und wartete, bis es nachete. Erst dann wagte ich mich weiter. Ich rih nun die beiden Knochhöhe ab, ebenso den Uniformfragen, auch die Spaulettes, die blanken Knöpfe und dachte, so werde ich weniger Aufsehen machen. Druckschäften und menschliche Wohnungen vermied ich, wo ich nur konnte, lieber nahm ich stundenweite Umwege. Wenn ich einmal durch eine Stadt mußte, dann nur in der tiefsten Dunkelheit; hab da noch oft genug Todesängste ausgestanden. In der ersten Zeit waren Feigen meine einzige Nahrung. Ich stahl sie von den Bäumen herunter, wo ich sie fand. Schließlich konnte ich keine mehr essen; von dem scharfen Saft waren meine Lippen aufgesprungen, sie bluteten oft und schmerzten unsäglich. Im Hunger fraß ich auch Gras und Kräuterstengel und grub Waldwurzeln aus. Da ich nie satt wurde davon, torkelte ich oft mehr als ich ging und mußte stundenlang verasten. Wenn ich irgendwo Menschen sah oder ein Pferd traben hörte, wurde ich vor Angst halb verrückt. Blott warf ich mich auf den Boden, nahm meine Schusterahle fester in die Hand und dachte: eher freipieren, als noch einmal zurück.

Der Hunger nahm täglich zu und machte mich frech. So redete ich in der Dunkelheit einen betrunkenen Bauern an, der mit seinem Reiterwagen vom Jahrmarkt heimfuhr. Er hieß mich aufsteigen. Während er schmauerte und mich ausfragte, stahl ich ihm aus der Mantelkassette Brot und Käse. Später bog er in einen Nebenweg ein, ich stieg ab und nahm noch eine Flasche Wein mit, ohne

daß ers merkte. Im Graben setzte ich mich nieder, ab und trank alles bis auf den letzten Rest und ging frisch weiter. Ja, ich war so sorglos, daß ich auch weiterhin die Straße benutzte, obgleich heller Mondschein lag. Auf einmal hörte ich leises Wimmern und Klagen. Als ich zurückschaute, sah ich etwa zwanzig Schritte von der Straße entfernt im Baum Schatten einen Menschen liegen. Ich ging auf ihn zu und fragte, was ihm fehle. Er sagte, es sei ihm unwohl geworden, er könne sich kaum mehr rühren, ich möchte doch so gut sein und ihn aufrichten, näher an den Baum hinken und dann Hilfe holen. Ich hatte Mitleid mit dem struppigen Kerl und stellte mich mit gepreizten Beinen über ihn. In dem Moment, da ich mich bückte, um ihn zu fassen und in die Höhe zu heben, griff er blitzschnell zu und packte mich am Kehlkopf, daß mir der Atem verging. So, ist's die Zeit? dachte ich, gab mir mit letzter Kraft einen Stoß, machte die rechte Hand frei und hieb ihm zwischen seinen Armen hindurch einen solchen Vorstoß aufs Kinn, daß er einen Schrei ausstieß und mich fahren ließ. Ich wurde wild. Es fauste und flimmerte mir nur so vor den Augen und ich schlug und trat ihn, bis ich nicht mehr konnte. Doch entwich er mir. Da ich ganz außer Atem war, konnte ich ihm nichts mehr tun, als ihm Steine nachzuwerfen. Verdammt, ich hatte schon mancherlei gesehen. Eine solche Schuftigkeit war mir aber doch noch nie vorgekommen. Der Bruder meinte wohl, ich käme vom Jahrmarkt und hätte die Taschen voll Geld.

Erst in der vierzehnten Nacht kam ich nach Mentone. Ich kannte hier einen deutschen Arzt, der viel für die Kunden tat. Vorsichtig schlich ich mich dem Schatten nach durch die Gassen zu seinem Haus, frieg über das Gattertor und läutete. Er meinte, es gälte einen Krankenbesuch und war zu Tode erschrocken, als er mich so verwahrloht sah und mein Anliegen hörte.

„Nein, das geht nicht,“ jagte er, „ich kann Ihnen keine Kleider verschaffen, unmöglich. Ich mache mich überhaupt schon strafbar, wenn ich Sie nicht sofort anzeige und Ihre Festnahme veranlasse.“ (Bei diesen Worten kroch mir ein Schauer den Rücken hinunter.) „Gehen Sie fort, Unglück-

und sie unterstützt die Verzögerungstaktik der ihr ergebenen parlamentarischen Parteien in der Hoffnung, daß sie allmählich aus der Minderheit dieser Parlamentsparteien eine Mehrheit machen kann.

### Badische Politik.

#### Die Nationalliberalen und die Landtagswahlen.

Am Sonntag tagte in Karlsruhe eine Versammlung der Vorstände und Vertrauensmänner der Bezirksorganisationen der nationalliberalen Partei in Baden, zum Zwecke der Aussprache über die fernenden Landtagswahlen. Die Vertreter erklärten sich mit den von der Parteileitung getroffenen Maßnahmen einverstanden.

#### Auch eine Sparmaßregel der großh. Generaldirektion.

Durch eine Verfügung hat die Generaldirektion der bad. Staatsbahnen bestimmt, daß die Arbeiterauschulstigungen des maschinentechnischen und Werkstätte-Dienstes bis auf weiteres in der gleichen Zusammenfassung der einzelnen Vertreter wie bisher abzuhalten sind. Bei der Veröffentlichung dieser Verfügung sind die von der Generaldirektion erfundenen sinnreichen Abkürzungen angewendet, die überaus komisch wirken auf diejenigen, welche in die Geheimnisse dieser Kürzungen nicht eingeweiht sind. Wir wollen einen Teil der Bekanntmachung, so wie er lautet, abdrucken, er gibt vielleicht Leuten, die sich gerne mit dem Rätselraten befassen, Gelegenheit sich mit demselben für einige Zeit abzugeben. Die fraglichen Stellen lauten: Die Arb des Magdienstes sind neu hinzugekommen. Wenn in einer Ausschulstigung Arb der Mi u der Wffi vertreten sind, haben die Dbst der Mi u der Wffi oder die Stellvertreter an den Sitzungen teilzunehmen. Die Sitzung ist in jedem Falle jeweils vom dienstältesten Wst zu leiten. Die Vorl der Darstellung der Verhandlungen u Ergebnisse der Sitzungen hat für die Arb ausf, wie sie bisher bestanden haben, wie folgt zu geschehen für die Wv Lauda die Wffi Heidelberg, für die Wv Heidelberg die Wffi Heidelberg, für die Wv Mannheim die Mi Mannheim, für das Wa Durlach die Wffi, für die Wv Karlsruhe die Mi Karlsruhe, für die Wv Offenburg die Wffi Offenburg, für die Wv Freiburg (Breisgau) die Wffi Offenburg, für die Wv Basel die Mi Basel, für die Wv Konstanz die Mi Konstanz, für die Wv Billingen die Mi Konstanz, für die Wv Gwks die Gwks, für die Wv Gwks die Gwks.

#### Zentrums-Terror.

Dem Hauptlehrer, welcher die Antijesuitenversammlung in Stadolfzell (nicht in Ueberlingen, wie wir irrtümlich berichtet hatten) leitete und der von der „Freien Stimme“ denunziert wurde, ist jetzt vom katholischen Pfarramt die Organistenstelle gekündigt worden.

Dieser Terror im Interesse der „guten Sache des Zentrums“ ist natürlich erlaubt. Um so lauter entriestet sich die Zentrums-Presse über den „roten Terror“.

#### Wer hat denunziert?

Zu dem Beschluß des Karlsruher Stadtrats über den Empfang der Arbeiterfänger aus Anlaß der über die Pfingsttage in Karlsruhe stattfindenden Arbeiterfängerbundesfestes schreibt die „Volksstimme“:

Wer ist die Staatsbehörde — so fragt man jetzt im Lande — die diesen unfauberen Denunziantenreich gegen die Arbeiterfänger verübt hat? Erfolgte die Zulassung seitens der in Frage stehenden Staatsbehörde als solcher und in amtlicher Form, oder war sie nur das Werk eines einzelnen Mitgliedes, das nach seiner politischen Richtung ein taktisches Interesse daran hatte, den Arbeiterfängern Schwierigkeiten zu bereiten und den neuen, ihnen feindlichen Beschluß des Karlsruher Stadtrats und die sich daran knüpfenden öffentlichen Erörterungen den politischen Zwecken seiner Partei dienlich zu machen? Und wo liegt die „Staatsbehörde“? In Karlsruhe oder aber in Mannheim, wo jenes Flugblättchen seinerzeit vor der Verbreitung beim Bezirksamt als sogen. Pflichtexemplar hinterlegt werden mußte?

feliger! Was meinen Sie? Ich sei herzlos? Bilden Sie sich ein, ich hätte Lust, mich und meine Familie eines wildfremden Menschen wegen zu ruinieren? Begreifen Sie das nicht? — „Herr Doktor“, sagte ich, „es kommt ja nichts auf. Wenn ich erkrankt werde, will ich mich eher umbringen lassen, als daß ich ein Sterbenswort verrate. Und außerdem, Herr Doktor, wer kann etwas wollen, wenn ich Ihnen die Kleider einfach stehle?“

Der Arzt war ein guter Teufel, er begriff. Begriff sogar noch mehr. „Ich lasse die Türe auf und gehe schlafen“, sagte er. „Aber machen Sie rasch!“ Ich fand mich auch im Dunkeln zurecht und zog eilig die Sachen an, die er schon über einen Stuhl gehängt hatte. Während ich die eigenen Fesseln zusammenpackte, stieg mir ein feiner Duft in die Nase. Es roch wie gebratene Eier. Ich ging in die Küche und befam achtzehn Spiegeleier zu essen, ungerechnet was ich noch an Schinken, Brot und Wein verschlang. „Herr Doktor“, redete ich in einem fort ins Nebensimmer, „wissen Sie, vierzehn Tage nichts anderes als Feigen und Wurzeln.“ „Ja, ja“, sagte er. — Nicht einmal danken konnte ich dem guten Mann. Er drohte: „Wenn Sie davon anfangen, hole ich die Polizei.“ Als ich satt war, nahm ich mein Bündel zu mir und schwang mich über die Mauer. Der Doktor stand am Fenster im ersten Stock und schaute mir nach. Ich ging ans Meer, warf mein Bündel hinein und sah zu, wie es die Wellen fortzuschwemmten. Dann spazierte ich noch eine Weile. Auch die Tischen meines neuen Anzuges suchte ich aus und fand in der Weste zehn Franken in Kleingeld. Sofort lief ich an den Bahnhof, löste ein Billet und fuhr mit dem nächsten Zug ins Stalienische. „Bentimiglia“, rief der Schaffner. „Bentimiglia!“ Ichrie ich, stand auf und schlug besinnungslos auf den Boden. (Fortsetzung folgt.)

#### Eingegangene Bücher und Zeitschriften.

(Alle hier verzeichneten und besprochenen Bücher und Zeitschriften können von der Parteibuchhandlung bezogen werden.) Arbeiter-Turn-Zeitung. Organ für die Interessen der volkstümlichen Turnerei. Erschienen ist die Nr. 8 des 21. Jahrg.

Auf diese Fragen wird Herr O. B. Siegrist, der Lt. „Schwäb. Merkur“ erst am Samstag wieder, also nach der Arbeiterfängerbund-Debatte, im Karlsruher Bürgerauschuss erneut Anlaß zu der Vermutung gegeben hat, daß bei ihm der angestrebte Zweck manchmal auch die weniger einwandfreien Mittel heiligt, wohl oder übel eine Antwort geben müssen. Ob diese Antwort erfolgen wird? Die der Karlsruher Arbeiterfänger auf den Streich der Stadtratsmehrheit bleibt auf keinen Fall aus.

### Jugendbewegung.

Vom Kampf gegen die Arbeiterjugend. Der Polizeikampf gegen die Arbeiterjugend hat eine neue Blüte gezeitigt. In Hannover wurde auf Grund der §§ 1 und 17 des Vereinsgesetzes eine allgemeine Jugendversammlung verboten, in welcher Genosse Sonnemann aus Bremen über „Schule und Leben“ sprechen sollte. Die Polizei hat hier ohne weiteres eine allgemeine Versammlung zu einer politischen gestempelt, ohne daß sie vorher wissen konnte, was der Referent sagen würde. Das ist ja das Einfachste, was hier die Polizei bietet! Umso mehr aber kennzeichnet sie den Rechtsstaat Preußen. Nun, trotz aller Polizeidiktatur wurde dem Genossen Sonnemann doch die Gelegenheit geboten, der hannoverschen Jugend das zu sagen, was er ihr zu sagen hatte. Im übrigen ist gegen das Polizeiverbot Beschwerde eingelegt worden.

### Deutscher Reichstag.

Präsident Dr. Kämpf eröffnet die Sitzung um 2.20 Uhr. Am Bundesratsstisch sind erschienen Kriegsminister v. Heeringen und Staatssekretär Delbrück. Die zweite Lesung des Militäretats wird beim Kapitel „Festungen, Ingenieure, Pionier- und Verkehrsweesen“ fortgesetzt.

Abg. Sofrischer (Soz.): Daß in den besetzten Ländern das Wohnwesen so im argen liegt, daran ist der Militarismus schuld. Wenn die Stadtverwaltungen größere Anlagen in wirtschaftlichem Interesse machen wollen, entstehen unausgesehene Reibungen zwischen ihnen und den Fortifikationsbehörden. Daß der Militarismus heutzutage eine übertragende Stellung einnimmt, ist die Schuld der Liberalen und des Zentrums im Lande mit den Konservativen. Daher kommt es auch, daß die Militärschörden auf die Wünsche und die Klagen der Stadtverwaltungen nichts geben. Wenn innerhalb der Städte der Fiskus überläßt verfaßt, sollte er dies nur den Stadtverwaltungen überlassen.

Abg. Trimborn (Soz.): In neuerer Zeit hat in Köln eine gewisse Erregung Platz gegriffen, weil uns die Verlängerung der Vorortbahnen erschwert wird mit der Begründung, daß militärische Anlagen notwendig sind. Welche Anlagen das sind, ist nicht zu erfahren. Hierdurch wird die Ansiedlung im weiteren Umkreise der Stadt unmöglich gemacht.

Generalleutnant Wandel: Die Militärverwaltung hat keine Veranlassung, in ihren Angelegenheiten gegen die Kommunen einen feindseligen Standpunkt einzunehmen. Andererseits müssen wir aber auch unsere Festungen unbedingt leistungsfähig erhalten. Dahin gehört auch die Aufrechterhaltung des Raiongesetzes und die Beobachtung der Kleinbahnanlagen, die für die Fortifikationen von großer Bedeutung sind. Den Festungsstädten entstehen aber auch große Vorteile aus den großen Garnisonen und Handel und Wandel werden gefördert. Eine Beschränkung des Flugwesens in den Festungsstädten ist unbedingt notwendig.

Abg. Weinhausen (F. V.): Es wäre mir sehr erwünscht, zu hören, ob die Heeresverwaltung geneigt ist, der Stadt Danzig in den Raionbeschränkungen entgegenzukommen.

Generalleutnant Wandel: Nach Möglichkeit wird den Wünschen entsprochen werden.

Abg. Dr. Weill (Soz.): Von Entgegenkommen den Städten gegenüber ist nichts zu spüren, es werden vielmehr Forderungen gestellt, die den Einbruch von Terrain Spekulationen machen.

Abg. Trimborn (Soz.): Die Festungs- und Betriebsleiter sollten etatmäßig angestellt werden.

Abg. Behrens (F. V.): Bei der Neubegebung von Arbeitern, insbesondere von Erdarbeitern, sollte darauf gesehen werden, daß die Beschäftigung von ausländischen Arbeitern nur mit Genehmigung der Heeresverwaltung erfolgen darf.

Generalleutnant v. Wandel: Die Beschäftigung von Ausländern bei Festigungsarbeiten ist uns außerordentlich unerwünscht. Sie unterliegt scharfer Kontrolle. Die inländischen Arbeiter sind aber nicht geneigt, auf die Dauer die schweren Stein- und Erdbarbeiten auszuführen.

### Die Besteuerung der Kinos.\*

Ein gewaltiger Kampf tobt gegenwärtig um den Wert oder Unwert des Kinos. Unzählige Forderungen werden tagtäglich in Bewegung gesetzt, die in gebarnigten Worten über den Kino losziehen und die, wie fast in jedem Zeitungsblatt zu lesen ist, an ihm auch kaum ein gutes Haar lassen. Aber es bleibt nicht bei der Federföhre. Der jungen Industrie sind durch vielfältige Polizeibeschreibungen und eine strenge und inkonsequente Zensur drückende Fesseln angelegt, die auf die gedeihliche Entwicklung des Kinos nicht selten hemmend statt fördernd wirken.

In jüngster Zeit droht dem Kinoschicksal ein neues Gespenst: die Kinosteuer. Auch bei uns in Mannheim soll sie eingeführt werden, wie in einer der letzten Sitzungen des Bürgerausschusses anlässlich der vom Zentrum eingebrachten Kinosteuerresolution bekannt gegeben wurde. Die Resolution wurde abgelehnt. Hoffentlich begegnet die kommende Vorlage eine Kinosteuerung demselben Schicksal. Darüber aber ziemt sich wohl heute, da es noch Zeit ist, ein ernstes Wort. Die geringen Kosten einer Stabilisierung, die bequeme Art der Spielzeit und vor allem die Billigkeit des Entrees lassen den Kino von vornherein zum Theater der Massen vorbestimmt erscheinen. Mit dem Moment der Einführung einer Besteuerung, die naturgemäß eine Erhöhung der Eintrittspreise nach sich zieht, wird einer großen An-

Vizepräsident Dr. Paasche: Es ist mir von dem Stellvertreter des Reichszensors ein Schreiben überreicht worden, wonach die Regierung angesichts des Verlaufs der Verhandlungen der Staatsberatung die Position betr. den Neubau des Militärkabinetts und den Erwerb des Grundstücks Wilhelmstraße 78 in Berlin (Vollbedarf 3334 000 Mk.) zurückzieht. Das Kapitel wird bewilligt, ebenso ohne Debatte eine Reihe weiterer Kapitel.

Beim Kapitel „Verschiedene Ausgaben“ befragt sich Abg. Dr. Liebnicht (Soz.) über das Verhalten der Militärbehörde einem Potsdamer Milchhändler gegenüber, dem wegen seiner Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei die Lieferung entzogen und der dadurch wirtschaftlich ruiniert worden sei.

Generalleutnant Staats: Dem sozialdemokratisch organisierten Mann ist aus Gründen der Disziplin das Betreten der Kaserne untersagt worden. Er betreibt nach wie vor ein gut gehendes Milchgeschäft.

Abg. Dr. Liebnicht (Soz.): Politische Rücksichten sind als doch maßgebend gewesen. Diese Erklärung hat prinzipielle Bedeutung und kann für den Kriegsminister recht unangenehm werden.

Kriegsminister v. Heeringen: Ich lege Verantwortung dagegen ein, daß der Abg. Liebnicht uns vorwarf, die Militärverwaltung habe gescheitert behandelt. Was Disziplin ist, darüber gehen meine und Liebnichts Ansichten auseinander. Wir wissen ganz genau, was unsere Pflicht ist. (Wabro rechts.)

Mehrere Titel werden bewilligt. Sodann werden die die Ostmarkenzulage im Heeresetat betreffenden Titel in besonderer Abstimmung gegen die Stimmen der Rechten, der Nationalliberalen und der fortschrittlichen Volkspartei abgelehnt. Der Rest der fortbauenden Ausgaben wird bewilligt.

Vizepräsident Dr. Paasche ruft nachträglich nach Einsicht ins Stenogramm den Abg. Liebnicht wegen des Ausdrucks „gescheitert“ zur Ordnung.

Bei den einmaligen Ausgaben liegt beim Titel „Artillerie und Waffensysteme“ die Resolution der Budgetkommission vor, welche die Berufung einer Kommission zur Prüfung der gesamten Rüstungslieferungen für Reichswehr und Marine, bestehend aus Reichstagsmitgliedern und Sachverständigen, verlangt. Die Sozialdemokratie beantragt die Einsetzung einer rein parlamentarischen Untersuchungskommission mit dem Recht zugehörlicher Vernehmung.

Abg. Ledebour (Soz.) begründet diesen Zusatzantrag mit dem Hinweis darauf, daß die Teilnahme der Militärverwaltung an den in den letzten Tagen aufgedeckten unsauberen Machinationen einiger industrieller Werke nachgewiesen sei.

Kriegsminister v. Heeringen: Der Abgeordnete Ledebour hat gesagt, es sei festgestellt, daß eine Mißhandlung der Regierung vorliege. Eine solche Feststellung hat nicht stattgefunden und kann auch nicht stattfinden, weil eine Mißhandlung nirgends nachgewiesen ist. Eine solche Anschuldigung weise ich zurück.

Staatssekretär Delbrück: Ich bitte, die sozialdemokratische Resolution abzulehnen. Sie ist verfassungswidrig und unannehmbar. Dagegen bitte ich, den Antrag der Budgetkommission anzunehmen. Trotz verfassungsrechtlicher Bedenken ist der Reichszensor bereit, eine solche Kommission einzusetzen, an der auch Mitglieder des Reichstages neben den Vertretern der einzelnen Ressorts teilnehmen.

Abg. Graf Westarp (kons.): Wir haben gegen den Vorschlag des Reichszensors nichts einzuwenden, obgleich wir ihn für bedenklich halten. Wir sind bereit, an den Verhandlungen der Kommission teilzunehmen, wir und die Reichspartei.

Staatssekretär Delbrück: Die Exekutive der Gesetzgebung liegt unzweifelhaft bei den Einzelregierungen. Wir haben aber ein Interesse daran, daß alles geklärt und geprüft wird.

Abg. Erbacher (F. V.): Bereits 1906 haben wir einen derartigen Antrag auf Einsetzung einer Kommission in kolonialen Dingen angenommen. Verfassungsrechtliche Bedenken sind damals nicht geltend gemacht worden.

Abg. Paasche (natl.): Daß unser Vorgehen nicht verfassungswidrig ist, läßt sich daraus beweisen, daß bereits früher unter Zustimmung der Regierung eine derartige Kommission in Tätigkeit getreten ist.

Abg. Müller-Reinigen (F. V.): Wir wünschen eine rein parlamentarische Kommission. Die Kommission muß vor allem das Vertrauen der Bevölkerung besitzen.

Staatssekretär Delbrück: Es liegt mir fern, das Budget- und Kontrollrecht des Reichstages einzuschränken oder anzuzweifeln, aber eine gemischte Kommission kann nur vom Reichszensor eingesetzt werden, da es sich nicht um das Budgetrecht, sondern um eine reine Verwaltungsmassnahme handelt.

Abg. Dr. Frank-Mannheim (Soz.): Verfassungswidrig ist unser Antrag nicht.

Abg. Spahn (F. V.): Ich verstehe nicht, wie der Antrag der Budgetkommission vom Bundesratsstische aus als verfassungswidrig bezeichnet werden kann. Das Mißtrauen gegen die höhere Verwaltung besteht in weiten Kreisen. Noch heute ist mir von hochstehender Stelle ein Brief zugegangen, in dem ich ge-

steuert nun auch in Karlsruhe nächsten Freitag im Bürgerauschuss zur Beratung steht, dürften die obigen Ausführungen auch unsere Leser interessieren. Die Anzahl von Menschen der Besuch eines Kinos haters unmöglich gemacht. Das soll und darf aber nicht die Absicht der Stadtverwaltung sein.

Es ist unbedingt zuzugeben, daß auch heute noch gar manche Kinovorführung der Art ist, eines guten Geschmacks nicht handzuhalten vermag. Wer aber im Laufe des letzten Jahres öfter ein Kino besucht hat (und das sollten doch alle die tun, die über den Kinoschicksal reden), der wird konstatiert haben, daß die Filme, die von Sensationalitäten trüben oder die graufigen Vorgänge und Verbrechen zeigen, zum allergrößten Teil verurteilt sind. Was aber deren demoralisierende Wirkung anbetrifft, so bin ich mit Max Dreyfus der Ansicht, daß in den Menschen, die vor der Bühne (vielleicht noch mehr vor der Lichtbühne) sitzen, die Sozialinstinkte über Gut und Böse, Recht und Gerechtigkeit herrschen. Und wenn wirklich einmal eine Kinovorführung einen schwachen Charakter zu einer schlechten Tat verführt hat, so hätte diesen gewiß bei nächster Gelegenheit auch irgend eine andere verderbliche Einwirkung, wie man sie in der Großstadt nicht zu suchen braucht, aus der Balance gebracht.

Man soll aber auch niemandem den Besuch des Kinos unmöglich machen in der Absicht, ihn von einer Unkunst fernzuhalten. Erscheinen auch die dargestellten Vorgänge oft stumpf und platt, dem naiven Auge sind sie es nicht. Sieht der einfache Mann im Lichtbild sich und seine Welt mit seinen Beden, dann hebt ihn das über sich selbst hinaus. Er erkennt auch seine Schmerzen bei andern. Er erfährt sie als Menschheitschmerzen und vermag sie dann weit leichter zu tragen. Der ethische Nutzen des Kinos kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Es wehren sich aber von Tag zu Tag die Dramen, deren Inhalt eine Handlung bildet, die in innerer Größe hinausragt über zufälliges Geschehen, die wahr und ernst typische Ereignisse und Schicksale zeigt und die dann unbedingt als ein wahres Kunstwerk angesehen werden darf. Zu welchen künstlerischen Möglichkeiten der Kinoschicksal weiter führen kann und wird, darüber habe ich ausführlich in einer kürzlich erschienenen Schrift „Kino und Theater“ (München, 1912) gehandelt.

Aber selbst wenn man ganz abzieht von den künstlerischen Eindrücken, die der Kino verschafft und nur seine unterhaltenden Fähigkeiten ins Auge faßt, auch dann — und dann erst recht — heißt es inhuman gehandelt, wenn man der groben

\* Wir entnehmen obenstehende Ausführungen unserm Mannheimer Parteiblatt, der „Volksstimme“, vom 15. März 1913. Der Artikel wurde geschrieben anlässlich auch in Mannheim aufgetauchter Wäre einer Kinosteuerung. Da eine solche

beten werde, dafür zu sorgen, daß dieser Kommission die Befugnis eingeräumt wird, Zeugen und Sachverständige zu vernemen. (Hört, hört!)

Hg. Graf Westarp (konf.): Ich gebe zu, daß ich übersehen habe, daß die sozialdemokratische Resolution einen Gesetzentwurf verlangt. Das ist selbstverständlich einwandfrei. Wir können aber nicht zugeben, daß in die Exekutive eingegriffen wird. Wir müssen uns auf die etats- und rechnungsmäßige Kontrolle beschränken. Daß ein Mißtrauen in weitem Umfange gegen die Regierung besteht, kann ich nicht zugeben.

Hg. Waldstein (Z. V.): Ueber den ersten Teil des sozialdemokratischen Antrages, der die Einsetzung einer Kommission von 21 Mitgliedern verlangt, dürfte Einstimmigkeit herrschen. Wir bitten um Ihre Zustimmung.

Staatssekretär Delbrück: Ich kann nicht zugeben, daß ein Mißtrauen gegen die Regierung besteht. In einzelnen Fällen werden Beförderungen immer vorkommen, was aber niemals ein Mißtrauen im allgemeinen rechtfertigt. (Bravol recht.)

Hg. Ledebur (Soz.): Die logische Folge aus den Ausführungen Dr. Spahns wäre, daß er unseren Antrag zustimmt. Wenn der Kriegsminister vor einiger Zeit gesagt hat, mit demselben Recht, mit dem man ihm vorwerfen könnte, er hätte den Balkantrug angeheißelt, so ist das eine triviale Bemerkung. (Präsident Raempf ruft den Redner zur Ordnung.) Die Regierung hat ungewöhnlich große Unterlassungssünden begangen, auch hinsichtlich Strupp und Tappelstein.

Hg. Mertin (Kons.): Der sozialdemokratische Antrag hat den Vorzug der Ehrlichkeit. Die Resolution der Budgetkommission geht hinter den Vorzug.

Hg. Spahn (Z.): Das Mißtrauen richtet sich nicht gegen einzelne Personen der Behörden, sondern gegen Verwaltungssysteme.

Nach weiterer unerschütterlicher Debatte wird die Resolution der Budgetkommission unter Ablehnung aller übrigen Anträge gegen die Stimmen der Konservativen und der Reichspartei angenommen. — Der Rest der Ausgaben wird ohne Debatte bewilligt. — Bei den Einnahmen entspann sich eine längere Debatte über die Ablicht, die Generalstabskarten aus dem allgemeinen Buchhandel herauszunehmen und den Vertrieb pensionierten Offizieren zu übertragen. — Darauf wird die Weiterberatung auf Donnerstag nachmittag 2 Uhr vertagt. Außerdem: Kleinere Etats und kleinere Vorlagen. — Schluß 7.45 Uhr.

### Aus der Partei.

Gaggsfeld. Die Waifeier der hiesigen Partei findet am Donnerstag, 1. Mai, nachmittags 3 Uhr, im „Bahnhof“ statt. Die beiden Gesangsvereine, sowie die freie Turnerschaft haben in dankenswerter Weise ihre Mitwirkung zugesagt. Programme (zu 20 Pf. für Männer und 10 Pf. für Frauen) sind bei den bekannten Genossen zu haben. Die Feste wird Genosse Parteisekretär Trinks halten. Wir richten an die Parteigenossen den Appell, für eine zahlreiche Beteiligung agitierten zu wollen.

Knielingen. Am nächsten Samstag, abends 9 Uhr, findet in der „Linde“ hier eine Mitgliederversammlung zwecks Besprechung der Waifeier (Anschlag) statt, zu welcher die Volkshilfsleiter und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter eingeladen sind.

Seithern, 23. April. Am Samstag abend, 26. April, findet im Gasthaus zur „Sonne“ eine Versammlung statt, zu welcher auch die Volkshilfsleiter und Gewerkschaftsmittglieder eingeladen sind. Genosse Biele aus Karlsruhe wird einen Vortrag über das Thema „Krieg und Rüstungen“ halten. Es ist Pflicht der Parteigenossen, für einen guten Besuch der Versammlung zu agitierten.

Drei Monate Gefängnis für weggefallene Gänsefüßchen. Wegen Verleumdung des Staatsanwalts Dr. Schlager hatte sich am 21. April vor der Strafkammer 3 des Hamburger Landgerichts der verurteilte Redakteur des „Hamburger Echo“, Genosse Ernst Köpke, zu verantworten. Die Vorgeschichte der Klage ist kurz folgende:

Am 11. Dezember hatten sich vor dem Hamburger Strafkammer 2, Vorsitzender Landgerichtsdirektor Dr. Govers, die Genossen Ernst Köpke und August Winzig wegen Verleumdung der Vorgesetzten der gesamten deutschen Armee zu verantworten. In Erinnerung war damals die bekannte Winzig'sche Skizze, „Ostern“ betitelt, die an den bekannten Vorgang in Ostern anknüpfte, wo der Musikleiter Chmersleben den Hauptmann Metrich erschoss. Im Verlaufe dieser Verhandlung erlaubte sich Herr Staatsanwalt Dr. Schlager, dem Genossen Köpke Feigheit vorzuwerfen, weil er behauptete, den Feuilletonartikel vor seiner Drucklegung nicht gelesen zu haben. Die Folge dieses in seiner Art einzig dastehenden Verhaltens des Staatsanwalts war, daß in einer späteren Nummer des „Hamburger Echo“ eine scharfe Kritik des Verhaltens des Staatsanwalts und des Gerichts, das über den Genossen Köpke 4 Monate Gefängnis verhängte, erschien. Die Kritik war betitelt: „Der Sachverstand des Herrn Govers“ und die Feigheit des Herrn Staatsanwalts.“ Durch diese Heberschrift fühlte sich der Staatsanwalt Dr. Schlager beleidigt, und das Gericht, unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Schröder, erkannte wegen dieser Heberschrift auf nicht weniger als 3 Monate Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte sogar 3 Monate Gefängnis beantragt. Vergessen führte der Angeklagte das Kino erschwert. Endlich einmal ist es gelungen, im kleinsten Dorf und in der größten Stadt Menschenmassen zu vereinigen, die nichts anderes im Sinne haben, als im Erdbeben erdrückten Spiels über den Alltag hinwegzukommen. Menschen, die nie ein Theater besucht haben und die es auch nicht können — da, abgesehen von finanziellen Gesichtspunkten, das Theater überall und meistens dem Volk (das hier nie das wirkliche Volk ist) eine ungeeignete Kost vorsetzt — diese Menschen versammelt der Kinematograph vor seiner Leinwandbühne. Hier wird dann etwas nachgerichtet, was im Menschengerassel und im Trott des beruflichen Schaffens vergeblich Nahrung sucht. Die Phantasie teilt ihre Segnungen denen aus, die ihrer vielleicht am meisten bedürfen.

Wenn man aber jetzt auch hier die Möglichkeiten wieder nimmt, dann würde gehen wie bei dem an und für sich gewiß lebenswerten Kampf gegen die Schundliteratur, mit der man den Kino ja so gerne vergleicht. Man hat dort der Masse etwas genommen, ohne imstande zu sein, ihr einen vollwertigen Ersatz zu verschaffen. Zwar haben wohlgeleitete Lehrvereinigungen Volkstheater in allen Farben und Größen veranlagt. Wenn aber die vier Werte erschienen waren, die in unserer Weltliteratur dem geringeren Manne das zu geben imstande sind, was er mit Recht für sich verlangt, dann beröfentlichte man in der Not die langweiligsten Bücher, die keiner aus dem Volke liest. Sie sollen aber lesen und sie sollen im Kino erdrückte Erlebnisse auf sich wirken lassen.

Es wäre ein höchst humane Tat, wenn man auch die Armen der Kinobühne ermöglichen könnte. Auf keinen Fall aber sollte man ernsthaft daran denken, auch nur einem durch Einführung einer Steuer das Kinobüchlein zu verschließen. Panem et circenses! Das Lösungswort des Volkes im alten Rom hat einen neuen Sinn bekommen.

Mannheim, Mitte März 1913.

Serbert Lannenbaum.

klagte Köpke aus, daß es lediglich um ein technisches Versehen zurückzuführen sei, wenn das Wort Feigheit nicht in Anführungsstrichen geandert habe. Im Vorwort habe dieses Wort in Anführungsstrichen geandert. Dieses wurde durch die Aussage des Redakteurs Kerner vom „Hamburger Echo“ bestätigt, trotzdem erfolgte aber die Verurteilung unseres Genossen zu dieser ungewissen hohen Strafe.

Zu bemerken ist noch, daß jetzt Genosse Köpke durch seinen Anwalt, Dr. Herz-Altona, gegen den Staatsanwalt Dr. Schlager Strafantrag wegen öffentlicher Verleumdung, begangen durch den Ausdruck „Feigheit“, gestellt hat.

### Soziale Rundschau.

Der Voranschlag des Kreises Karlsruhe veranschlagt für das Jahr 1913 die Einnahmen auf 835 943 M., die Ausgaben auf 802 849 M., den durch Kreisumlagen zu deckenden Betrag auf 567 506 M. Im Vorjahre belief sich dieser auf 534 824 M., es ist somit eine Steigerung von 32 672 M. oder 6,1 Prozent eingetreten. Diese Mehrbelastung konnte durch die Zunahme des Steuerkapitals gedeckt werden, indem eine Erhöhung des steuerbaren Einkommens von 17,5 Pfg. auf 1000 M. Steuerkapital nicht nötig fällt. Die Kreisversammlung findet am 30. April statt und zwar unter Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Reichardt in Durach, der an Stelle des verstorbenen Stadtrats Boeckh zum Vorsitzenden gewählt wurde.

Das Gewerkschaftsstatut Gaggenau hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, am Samstag, 26. April, in der „Volkshalle“ eine Besprechung über die Volkshilfe vorzunehmen und ladet hierzu die Gewerkschaftsfunktionäre sowie Interessenten dazu ein. Weiter erfaßt das Statut namentlich die organisierte Arbeiterschaft, für feiner privatrechtlichen Versicherung mehr Vorteile einzugehen, sondern so lange zu warten, bis die „Volkshilfe“, die viel größere Vorteile bietet, die in nächster Zeit zu erwartende Genehmigung erhält.

### Gewerkschaftliches.

Abgelehntes Unternehmerangebot im Hamburger Zimmerergewerbe. Die Zimmerer in Hamburg-Altona haben in einer überfüllten Versammlung am Montag das Angebotsbuch der Unternehmer, den Lohn in diesem Jahre um 5 Pf., nämlich nach Tarifabschluß um 3 Pf. und am 1. Oktober um 2 Pf. zu erhöhen, abgelehnt. Sie verlangen ein weiteres Entgegenkommen in der Lohnfrage, eine Verkürzung der Arbeitszeit und vor allem die Erhöhung des Lohnes der ungelernen Einspaler bis auf den Lohn der Zimmerer.

Tarifverhandlungen im deutschen Baugewerbe. Die Beratungen zur Feststellung eines Tarifvertrages im Baugewerbe haben am Dienstag im Reichstage unter Vorsitz der Unparteilichen Dr. Premer, Rath und v. Schulz wieder begonnen. Die Unparteilichen haben den Parteien Vorschläge unterbreitet, über die die Parteien getrennt Stellung nehmen werden.

Internes von der Wandsbücher-Steinbrücker-Zentrale.

Durch Zufall ist uns eine Offerte der Steinbrückerfirma Lindenberg u. Meher in Wandsbüch bei Hamburg vom 14. d. M. an einen süddeutschen Industrieverband in Karlsruhe auf den Redaktionstisch gekommen. Bezeichnend ist, daß es am Kopfe heißt: „Streng vertraulich! Im Interesse der Sache ist strengste Diskretion erforderlich. Es wird höflich gebeten, bei Veröffentlichung dieses Briefes keine Postkarten zu benutzen, ein Eingangsdatum, das man ansiehend selbst das Gefühl hat, daß der Geschäftsbetrieb alle Ursache hat, das Licht der Öffentlichkeit zu meiden. Die Offerte lautet:

Wandsbüch, den 14. April 1913. Infolge heutiger Lage auf dem Arbeitsmarkte und des Vorgehens der organisierten Arbeiterschaft, sowie deren Organe ist es unbedingt erforderlich, daß den Herren Arbeitgebern Gelegenheit gegeben wird, sich gute und arbeitswillige Handwerker und Arbeiter bei eintretenden Streiks und Aussperrungen zu sichern. Durch unser Unternehmen ist es heute den Arbeitgebern möglich, die oft unberechtigten Forderungen der Arbeiter zurückweisen zu können und erfolgt die Übernahme der bestreiten Arbeit durch uns als selbständige Unternehmer. Wir können jeden Betrieb innerhalb 24 bis 48 Stunden mit ca. 1500 Handwerkern und Arbeitern und ev. mehr übernehmen. Viele industrielle Unternehmen sowie Arbeitgeberverbände haben Verträge auf Jahre hinaus mit uns geschlossen und möchten wir nicht unterlassen, auch Ihnen die Schlichtung eines solchen Vertrages zu empfehlen.

Sollten Sie geneigt sein, auf unser Angebot einzugehen, so ist eine persönliche Unterredung dort am Platze unbedingt erforderlich und sind wir eventuell gerne bereit, einmal nach dort zu kommen. Infolgeding überreichen wir Ihnen einige Anerkennungs schreiben über bereits mit Erfolg erledigte Streiks.

In Entgegensehung Ihrer gefälligen Rückäußerung empfehlen wir uns Ihnen und zeichnen Hochachtungsvoll!

Lindenberg u. Meher. Unter dem erwähnten Anerkennungs schreiben befindet sich auch ein solches der Waggonfabrik Rajatt, die bekanntlich mit einer Rote „Hamburger“ die berechtigten Forderungen ihrer Arbeiter nachtrug. Daselbst lautet:

Rajatt, den 23. Februar 1911. Höflich teilen wir Ihnen mit, daß wir mit der Art und Weise, wie Sie uns Arbeiter verschafft, durchaus zufrieden waren. Auch beschleunigen wir gern, daß unter den Arbeitern, die wir von Ihnen erhalten, eine große Zahl durchaus tüchtiger und brauchbarer Handwerker waren. Die ganze Geschäftsentwicklung war nach jeder Richtung hin einwandfrei.

Waggonfabrik Aktiengesellschaft, Rajatt. Die „Geschäftsabwicklung“ mag damals schon einwandfrei gewesen sein, nicht aber das Verhalten der Hamburger Streikbrechergarde. Die Rajattier können ein Liedchen davon singen. Jedenfalls sollte eine Firma, die auf den guten Ruf ihres Geschäftes etwas hält, eine solche „Geschäftsverbindung“ nicht eingehen.

### Unter der bayerischen Pfaffenregierung.

Auf die bekannte Veröffentlichung in der „Bayerischen Staatszeitung“ betr. „Die Frage der gemeinsamen Arbeitsvermittlung im Bereiche der staatlichen Verkehrsverwaltung“, die einer Aufhebung des Koalitionsrechts der Staatsbediensteten gleichkommt, richtete der Verband des süddeutschen Eisenbahn- und Postpersonals Altona als Antwort eine Eingabe an die Funktionen der bayerischen Abgeordnetenkammer, die Kammer der Reichstagsdeputierten und die Agl. Staatsregierung. Wie bekannt, wurde in Nr. 86 des „Bayerischen Staatsanzeiger“ vom 12. April 1913 amtlich bekannt gegeben, daß die Vorarbeiten für die neuen Bestimmungen über die Aufnahme in den Dienst der bayerischen Staatsbediensteten nunmehr soweit vorgeschritten seien, daß einzelne Teile in Kraft gesetzt werden können. Darunter befände sich auch eine für den gesamten Bereich der Verkehrsverwaltung

einzuführende Bestimmung, die sich auf die Frage der gemeinsamen Arbeitsvermittlung bezieht. Diese Bestimmung werde vorläufig folgende Wortlaut erhalten: „Von dem Personal der Verkehrsverwaltung muß im staatlichen und dienstlichen Interesse der unbedingte Verzicht auf gemeinsame Einstellung der Arbeit oder des Dienstes (Streik) gefordert werden. Das Personal darf Vereinigungen nicht angehören, deren Verhalten nicht genügende Sicherheit dafür bietet, daß sie von dem Mittel einer solchen Einstellung der Arbeit oder des Dienstes im Bereiche der Verkehrsverwaltung keinen Gebrauch machen werden.“

Zu dieser Bestimmung ist dann erläuternd bemerkt: „Nach den Ballzugsbestimmungen hierzu haben die Arbeiter bei der Aufnahme in den Dienst durch Unterschrift zu bestätigen, von dieser Vorschrift Kenntnis erhalten zu haben und verständigt worden zu sein, daß zu den Vereinigungen im Sinne dieser Vorschrift zuzeit insbesondere die freien Gewerkschaften der Metall- und Transportarbeiter sowie der Verband des süddeutschen Eisenbahn- und Postpersonals zählen, ferner daß die Verwaltung die Zuwiderhandlung gegen die Vorschrift die Lösung des Arbeits- oder Dienstverhältnisses in das Auge fassen möge. Diese Vorschrift bezieht sich zunächst auf die neu zuziehenden Arbeiter.“

Demgegenüber wird in der neuen Eingabe mit allem Nachdruck festgestellt, daß unrichtige Voraussetzungen zu obigem Vorgehen gegen den freien Verband geführt haben. Wir können, heißt es, unser Bestreben darüber nicht unterdrücken, daß unsere am 24. September 1912 abgegebene Erklärung nicht so anerkannt wird, wie sie von uns abgegeben wurde. In dieser Erklärung ist in aller Form ausgesprochen, daß vom Verband anerkannt wird, daß ein gemeinsames Recht auf die Arbeitsvermittlung für die Arbeiter und Beamten der Verkehrsverwaltung nicht besteht. Wörtlich heißt es in Abs. 4 unserer Erklärung vom 24. September 1912: „Die einzige Aufgabe, die sich der Verband gestellt hat, besteht in der Förderung der geistigen und materiellen Interessen der Mitglieder. Der Verband ist, um materielle Verbesserungen erzielen zu können, noch nie auf dem Standpunkt gestanden, daß hierzu die Arbeitsvermittlung notwendig ist, weil die materielle Besserstellung der Verkehrsbeamten und Arbeiter immer durch den Verband zu erfolgen hat.“ Und Abs. 6 dieser Erklärung lautet: „Der Gesamthauptvorstand des in Frage stehenden Verbandes erklärt deshalb, daß von Seiten des Verbandes des süddeutschen Eisenbahn- und Postpersonals der Streik nicht als gesetzlich zulässiges Mittel zur Verbesserung der Lage der Arbeiter und der Beamten der Verkehrsverwaltung betrachtet wird und daß wir uns wohl bewußt sind, daß ein solcher die schwersten Erschütterungen des Erwerbslebens herbeiführen würde.“ Daß die Herrlichen Reaktionen Morgenluft wittern, geht daraus hervor, daß der Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften, Stogewald, mit Bezug auf diese Vorgänge in einer Festversammlung des „christlichen“ Bayerischen Eisenbahnerverbandes erklärte: „In Bärtemberg und Baden wird in absehbarer Zeit das selbe Geschehen, was die letzten Tage in Bayern den Streit der Meldungen wieder entsandt hat.“

Mit dieser Angelegenheit hat sich auch der jüngst abgehaltene Gaudtag des Verbandes des süddeutschen Eisenbahn- und Postpersonals in Konstanz befaßt und einstimmig folgende Resolution beschlossen:

„Der Gaudtag des Verbandes des süddeutschen Eisenbahn- und Postpersonals, Gau Baden, erklärt durch die Tagesgestaltungen während seiner Tagung am 13. und 14. April in Konstanz die neueste Maßregelung, die das Bayerische Verkehrsministerium gegenüber unserer Organisation im Gau Bayern getroffen hat. Durch diese Maßregelung ist der volle Betrieb erbracht, daß es dem Bayerischen Verkehrsministerium nicht darum zu tun ist, lediglich die Ordnung im Verkehrsleben durchzuführen, bzw. aufrecht zu erhalten, sondern es steht jetzt für jeden, der die Maßnahmen objektiv zu beurteilen vermag, fest, daß es sich nur darum handelt, den Verband des süddeutschen Eisenbahn- und Postpersonals zu vernichten und zwar deshalb, weil der Verband es bisher abgelehnt hat, die Reihen der in Bayern herrschenden Herrlichen Partei zu verstärken. Der Gaudtag nimmt mit Entschiedenheit Kenntnis von dieser neuesten Maßregelung und protestiert mit aller Entschiedenheit gegen eine solche, jeder Zivilisation unhöfliche, den, ergreift die notwendigen Maßnahmen und Rechtsbeugung.“

Das Herrliche Regiment in Bayern betätigt sich so, wie wir es seinerzeit vorausgesehen haben. Der Merkelskismus ist der größte Feind der Arbeiterschaft. Das mußte man schon vorher, eher der Bischof Henle seine Parole für die Arbeiter: „Wer knecht ist, soll knecht bleiben!“ ausgab.

### Kommunalpolitik.

Voranschlagsberatung in Knielingen. Am nächsten Samstag, nachmittags 4 Uhr, findet hier eine Bürgerausschussberatung statt, in der der diesjährige Gemeindevoranschlag beraten wird. Die Einnahmen sind mit 65 675 M., die Ausgaben mit 106 821 M. vorzulegen. Der zu deckende Aufwand beträgt hiernach 41 146 M., wozu durch Umlagen 31 719 M., durch Almosenauflagen 9445 M. gedeckt werden sollen. Der Umlagefuß ist mit 26 Pf. gegen 16 Pf. im Jahre 1912, das Einheitsbetroffens der Umlageauslagen mit 50 Pf. vorzulegen.

Voranschlagsberatung in Ordingen. Der Bürgerausschuss genehmigte den Gemeindevoranschlag, der eine Umlageerhöhung von 16 Pf., nämlich von 42 auf 58 Pf., bringt. In den Verhandlungen wurde die Anstellung eines Schulrates gewünscht.

Mitteilungen aus der Brettener Gemeinderatsitzung vom 22. April. Als Mitglied zur Armenratskommission wird an Stelle des Hof. Singer Hof. Altona ernannt. Die Festsetzung der Ortslöhne nach der Reichsversicherungsordnung werden neu aufgestellt. Auf Ansuchen des Waldbüblers Schad wird derselbe auf 1. Oktober d. J. zur Ruhe gesetzt und wird ihm mit Genehmigung des Bürgerausschusses ein Gradengehalt im Betrage von 220 M. jährlich gewährt. Zu Grundstücksverwendungen wird eine Kommission aus Gemeinderäten ernannt. Zur Installation von elektrischen Anlagen werden einige hiesige Geschäftsteile zugelassen. Der Entwurf zu einer Arbeitsordnung für die Stadtdiener wird mit einigen Änderungen angenommen.

Aus dem Voranschlag von Tauberbischofsheim. Der Bürgerausschuss genehmigte Dienstverträge von Gemeindevorstand, sowie den Voranschlag. Durch Umlagen sind 72 600 M. zu decken. Die Ausgaben betragen 151 600 M., die Einnahmen 78 700 M. Für Schulgelder werden 40 000 M. aufgewendet.

Ueberrall auf der Suche nach Geld. Der Bürgerausschuss von Tauberbischofsheim stimmte der Erhöhung der Grundsteuer von 8 auf 12 M. mit 33 gegen 30 Stimmen zu und beschloß die Verwendung der Sparfondsüberschüsse in Höhe von 28 000 M. bei der Voranschlagsberatung festzulegen.

e. Nachträgliches von den Bürgerausschusswahlen in Rotenfels. Die Bürgerausschusswahlen haben ihr Ende erreicht und es lohnt sich nun, einen Rückblick auf den Verlauf derselben zu werfen. In allen drei Lagen waren zwei Listen aufgestellt, auf der einen Seite standen Sozialdemokraten und Liberale, auf der anderen die „Bürgervereinigungen“, zu deutsch: Zentrum. Man scheute sich offenbar, unter der heißen Hitze vorzugehen, weil man selbst weiß, daß der Name Zentrum heute so anrüchlich ist, daß man damit keinen Grund hinterm Ofen herlocken kann. Was diese „Bürgervereinigungen“ alias Zentrum in diesem Wahlkampf an verächtlicher Verleumdung sich geleistet

hat, ist geradezu unerhört. Sehr zu staten kam dieser Partei auch die Verschlebung der Wahlen, sie müßte diese Zeit weiblich aus, um ihren Verleumdungsfeldzug zu einem sicheren Siege zu führen. Einige Blätter dieser Verleumdungen seien hier wiedergegeben. Da wurde froh drauflos behauptet, die „Sozgen“ wollten das Bürgerholz, die Gemeindefässer, die Eber abschaffen, den Schulkindern den Strichbesuch an Wochentagen verbieten, sie wollten den Kindern dafür morgens Kaffee geben (was allerdings vernünftiger wäre, als die Kinder mit hungerigem Magen in die Straße und Schule zu schicken. D. Red.) u. s. Es ist bedauerlich, daß viele hiesige Wähler auf diesen Leim getreten sind und diesen blühenden Blödsinn geglaubt haben. Auch wurde unsere Liste als „Bubenliste“ tituliert, wozu wir bemerken möchten, daß der Benjamin des Bürgerausschusses dem — Zentrum angehört. Diese Christen sehen eben nur den Spitzhaken in ihres Bruders Auge, den Balken im eigenen Auge sehen sie nicht. Weiter wurde unsere Liste vielfach angefeindet, weil wir einige „Bergeloffene“, d. h. nicht in Rotenfels geborene Bürger, aufgestellt hätten. Nach der Meinung der Verleumdervereinigung ist nur der fähig, Ausschlußmitglied zu werden, der im Orte geboren ist, noch nichts von der Welt gesehen und einen großen Mißhaufen vom Hauje hat.

Sehr bedauerlich ist, daß selbst Kandidaten unseres eigenen Liste mit Hochdruck gegen uns arbeiteten aus Mache, weil sie nicht „vorne dran“ standen. Diesen Herren sei empfohlen, sich ein andermal gleich unter die Fittige des Zentrums zu begeben, vielleicht werden sie dann eher den Ausschluß „ziehen“. Die Wähler werden nun verfolgen müssen, was die „bewährten“ Kandidaten des Zentrums leisten. So wie die Sache allerdings liegt, wird wohl nicht viel zu hören sein. Die große Mehrheit der Zentrumsauschlußmitglieder werden als willkürliche Schachfiguren behandelt werden, welche auf Kommando einiger „Macher“ auf den Wind von einer bestimmten Seite — sich da oder dort hin schieben lassen müssen. Schon jetzt kann man mit Interesse hören, wie die Herrschaften daran sind, unter sich die eventuelle frei werdenden Gemeindepösten zu verteilen. Wo bleibt denn dabei das so viel gerühmte Interesse der Allgemeinheit?

Die „Masthater Zeitung“ schrieb über die Wahlen: „Die rote Flut ist gedämmt“. Wir gefehen offen, daß wir einen besseren Ausgang der Wahlen erwartet haben. Immerhin haben wir keine Ursache, den Mut sinken zu lassen. Die Wählererschaft ist nun aufgeräumt. Wir werden nicht ruhen bis die „rote Flut“ den „Zentrumsdamm“ durchbrochen hat. Auf einen Streich fällt kein Baum! Unsere Partei hatte vorher 3 Vertreter, jetzt sind es 7. Wenn da die Zentrumspitze behaupten will, die rote Flut sei gedämmt, so ist das entweder Selbsttäuschung oder elende Heuchelei. Unsere Partei bräuchte nur bei jeder Wahl 4 Monate gewinnen, es werden aber hoffentlich mehr sein, denn wird in absehbarer Zeit die Gemeinde nur noch im Interesse der Allgemeinheit regiert werden und jede „Wetterleswirtschaft“ ausgeschlossen sein.

### Aus dem Lande.

#### Durlach.

Aus dem Gemeinderatsbericht vom 22. April. Da Wärtner Philipp Meier für sein in die Weihenstraße fallendes Gelände (zirka 300 Quadratmeter) einen höheren Preis verlangt, als der Gemeinderat zu zahlen gewillt ist (zirka 6400 Mk. inkl. Entschädigungen), soll die Einleitung des Expropriationsverfahrens beantragt werden. — Da sich Viehhalter für die an die Hauptstraße liegenden Bauplätze des alten Bahngeländes angemeldet haben, die bereit sind, den Preis von 16 Mk. pro Quadratmeter zu bieten, sollen diese Plätze, soweit sie noch nicht verkauft sind, der öffentlichen Versteigerung ausgesetzt werden. — Es wird beschlossen, die Müllefeld- und Schloßstraße als Ortsstraßen auszubauen, erstere bis zur Birkenstraße, letztere ganz. Die vom Stadtbauamt vorgelegten Pläne und Kostenveranschlagungen werden genehmigt und sollen die diesbezüglichen Beschlüsse beim Bürgerausschuß angefordert werden. Genehmigt wird ferner die vom Stadtbauamt vorgeschlagene Anwesenlegung der Schloßstraße unter Abweisung der eingebrachten Einsprache.

Mit 7 gegen 5 Stimmen wurde beschlossen, in der Elektrizitätsfrage mit der Stadt Karlsruhe einen Vertrag auf folgender Basis abzuschließen: Die Stadt Karlsruhe verlängert die elektrische Bahn durch die Stadt Durlach bis zum Fuße des Turmbergs und zwar ohne jede Entschädigung. Sie erhält das ausschließliche Recht, die sonst in der Stadt Durlach zu verbrauchende Elektrizität zum gleichen Strompreis zu liefern, wie an die Karlsruher Abnehmer. Sie erstellt die Leitung, die Transformatoren und das örtliche Verteilungsnetz selbst. Der Vertrag wird für die Dauer von 15 Jahren unauflösbar abgeschlossen. (Der sozialdemokratische Vorschlag, die ganze Angelegenheit solange zurückzustellen, bis die Frage des gemischt-wirtschaftlichen Betriebs in Karlsruhe entschieden sei, wurde abgelehnt. D. W.) — Der Lebensversicherungsvertrag von Wälden, Dämmen, Straßen, Brücken usw. im alten und neuen Bahngelände mit der Bahndirektion soll auf Grund eines vorliegenden Entwurfs auf der Basis abgeschlossen werden, daß die Stadt, die im Vertrag einzeln aufgeführten Straßen, Dämme, Schutzgelder usw. in ihrem jetzigen Zustand übernimmt und dazu in bar eine Entschädigung von rund 10 500 Mark erhält. Während das alte Bahngelände zu dem in der früheren Verkaufsaufgabe festgelegten Preis in den Besitz der Stadt übergeht, bezahlt sie für das Gelände der ehemaligen Spanieranstalt 6 Mk. pro Quadratmeter. Der Abschluß dieser beiden Verträge erfolgt vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses. — In der Schulhausbaufrage hat der Träger des ersten Preises im Wettbewerb Herr Architekt Weishaar-Stuttgarter gegen den Architekten Sadberger hier, dem der Gemeinderat die Planfertigung und die Oberaufsicht beim Schulhausbau übertragen hat, schwerwiegende Vorwürfe erhoben. Der Gemeinderat beschließt, den Herrn Sadberger zur Erhebung der Verleumdungsflage gegen Weishaar aufzufordern und bis zur gerichtlichen Entscheidung die Schulhausbaufrage selbst beruhen zu lassen.

Die Drahtseilbahngesellschaft Durlach-Turmberg beruft auf den 9. Mai ds. Js. eine außerordentliche Generalversammlung ein, auf deren Tagesordnung u. a. auch Beschlußfassung über Umbau und Elektrifizierung der Turmbergbahn steht.

#### Baden-Baden.

Zur Frage einer Garnison in Baden-Baden. Die in den Blättern verbreitete Nachricht, daß sich Oberbürgermeister Fischer in den nächsten Tagen nach Berlin begeben, um durch persönliche Verhandlung mit dem Kriegsministerium die Frage einer Garnison in Baden-Baden der Entscheidung näher zu bringen, ist nach der „Bad. Landeszeitung“ nur insoweit richtig, als die Stadt Baden-Baden sich um eine Garnison bemüht, da auch sie vom Kriegsministerium auf die Bornheimerliste gesetzt wurde. Es handelt sich dabei nicht um Kavallerie, sondern um ein Jägerbataillon oder eine Luftschiffabteilung, für die das Gelände bei Dös und die dort stehende Luftschiffhalle günstig wäre.

Wiesloch, 23. April. Ein aus Mannheim gebürtiges Dienstmädchen wurde beim schloßlichen Parkgarten bewußtlos aufgefunden. Das Mädchen hatte ein Taschentuch im Mund und gab an, von einem Manne überfallen worden zu sein. Das Taschentuch jedoch nicht, das Mädchen hätte bei einem epileptischen Anfall sich das Taschentuch in den Mund gesteckt, um dadurch den Anfall zu mindern. — Von der Polizei wurde ein

Zwangsjüngling aus Gutach, welcher aus der Erziehungsanstalt Meiningen durchgebrochen war, aufgegriffen. Zwei weitere Zwangsjünglinge wurden in Walldorf festgenommen. — In Bietertal ist der 5jährige Sohn des Landwirts Lampert, der durch das abgestprungene Triebrad der Motorflage schwer verletzt worden war, gestorben.

Mannheim, 23. April. Bei Käfertal wurde eine in Lumpen gehüllte Leiche eines neugeborenen Kindes aufgefunden. Allem Anschein nach liegt Kindesstörung vor.

Weinheim, 23. April. In einem hiesigen Wirtschaftslam es zwischen zwei jungen Mäusen, die die Ingenieurschule in Mannheim besuchen und zwei Heidelberger Studenten zu einer Auseinandersetzung, bei der einer der Mäusen der Ausdruck „deutsches Schwein“ gebrauchte. Durch das Eingreifen von Polizisten gelang es, den Ausbruch von Tätlichkeiten zu verhindern und die Mäusen vor Mißhandlungen zu schützen. Gegen den Beleidiger wird Strafuntersuchung wegen öffentlicher Beleidigung eingeleitet; es handelt sich um den Sohn eines Generals aus Moskau.

Hörden, 23. April. Gestern schlug ein Schultafel mit einem Hammer auf eine Patrone, die er im Walde gefunden hatte. Die Patrone kam zur Explosion und ritz dem Knaben einen Finger ab. Ein in der Nähe stehender Bruder desselben erlitt Verletzungen im Gesicht.

Rom Bosenfer, 23. April. Die Behörden sind auf einen neuen Trick der Sacharinschmuggler gekommen. In St. Margarethen wurden ein Herr und eine Dame abgefaßt, welche letztere ein vornehm ausgestattetetes Weibchen auf dem Arme trug. Bei der Untersuchung stellte es sich heraus, daß das Weibchen nur eine Verkleidung für ein ansehnliches Quantum Sacharin war.

#### Arbeiter-Adfahrerverbund „Solidarität“.

Nächsten Sonntag, 27. April, findet die erste Bezirksausfahrt des 3. Bezirks statt und ist dieselbe in eine der so ziemlich schwärzigen Gegenden unseres Bezirks festgesetzt. (Siehe Inserat.) Da der Arbeiter-Adfahrerverbund in Bezug auf Agitation gerade in diesem Teil des Bezirks mit mancherlei Schwierigkeiten zu kämpfen hat, wäre es angebracht, daß durch eine Massendemonstration unserer Cognaten gezeigt wird, daß trotz aller Bekämpfung die Arbeiter-Adfahrervereinigung auch im 3. Bezirk von Jahr zu Jahr vorwärts schreitet zum Wohle der gesamten Arbeiterbewegung, sowie auch zum Wohle der Arbeiter-Adfahrer selbst.

### Aus der Stadt.

Karlsruhe, 24. April.

#### Die Generalversammlung des sozialdem. Vereins Karlsruhe

Am gestrigen Abend im Saale der „Gewerkschaftszentrale“ statt. Der Besuch war ein recht guter, der Saal war voll besetzt. Die Tagesordnung umfaßte vier Punkte, neben dem Geschäfts- und Massenbericht und der Neuwahl des Vorstandes war als Punkt 3 die Wahl eines Mitgliedes der Rechtskommission und als Punkt 4 die Stellungnahme zur Landtagswahl noch vorgesehen. Punkt 3 wurde auf Antrag des Gen. Fischer von der Tagesordnung abgesetzt. — Den Geschäftsbericht gab der Vorsitzende des sozialdemokratischen Vereins, Gen. Sigmund. Den Mitgliedern war ein gedruckter Bericht über die Tätigkeit des Vorstandes des 10. Reichstagswahlkreises und des Vororts Karlsruhe im verfloffenen Jahre übergeben worden, jedoch sich Gen. Sigmund auf eine Anzahl ergänzender Bemerkungen beschränken konnte. Dem Geschäftsbericht entnehmen wir das folgende: Das vergangene Geschäftsjahr umfaßt nur neun Monate, vom 1. Juli 1912 bis 31. März 1913. Die Aenderung wurde durch den bekannten Beschluß des deutschen Parteitag notwendig. Wenn auch keine nennenswerte Steigerung der Mitglieder zu verzeichnen ist, so ist doch die Organisation in sich gefestigt und gestärkt worden. Unzweifelhaft stehen Schwierigkeiten entgegen, wie es bei keiner anderen Partei der Fall ist, besonders die Genossen in ländlichen Bezirken haben einen schweren Stand. — Zahlreiche Gemeindevahlen fanden im verfloffenen Jahre statt, die recht schöne und unerwartete Erfolge brachten und den betr. Genossen in den Orten alle Ehre machen. Die Schulung und Aufklärung unserer Gemeindevorteiler erfolgte in einer Reihe von Gemeindevorteiler-Konferenzen es fanden deren sechs statt. Neben den Mitgliederversammlungen zur Förderung der Agitation statt, auch ließ sich der Kreisvorstand anlegen sein, in ständiger Fühlung mit den ländlichen Orten zu sein. In einer stattgefundenen Wahlkreis-Konferenz wurde der Geschäftsbericht erörtert und zum badiischen und deutschen Parteitag Stellung genommen. Für die Gewinnung von „Volksfreund“-Abonnenten wurde wiederholt agitiert. Zum deutschen Parteitag wurde Gen. Kolb und Genossin Fischer delegiert. In Karlsruhe selbst fanden sieben allgemeine Parteiverfammlungen und eine Reihe Bezirksversammlungen statt. — In öffentlichen Versammlungen sprachen die Gen. Vordardt, Kolb, Blosse, Dr. Dieß und Dr. Frank. Mit allen Versammlungen konnten wir zufrieden sein. Der Wunsch, mehr öffentliche Versammlungen abzuhalten, scheiterte oftmals an der Schwierigkeit, Zuhörer zu bekommen. — Der Bildungsausschuß einsetzte ebenfalls eine rege Tätigkeit, es sei nur die Herbstfeier und die Neufestfeier erwähnt. Der Einführung in die Kunst diente eine von Herrn Galerieinspektor Dr. Köllig geleitete Führung durch die hiesigen Kunsthallen. Außerdem beteiligte sich der Bildungsausschuß an der Organisation und Preisermessung der populären Symphonienkonzerte. Die letzte Veranstaltung des Bildungsausschusses war ein Vortrag des Genossen Höhn über Naturgenuss und Arbeiterschaft. Der Einführung in den wissenschaftlichen Sozialismus dienten zwei Kurse: der eine abgehalten von dem preussischen Landtagsabgeordneten Julian Vordardt über den historischen Materialismus, der andere abgehalten vom Genossen Dr. Dieß hier über die ökonomischen Lehren von Karl Marx.

Die Frauensektion war wieder sehr rührig. Es fanden 5 Mitgliederversammlungen statt und 2 öffentliche Versammlungen. Besondere wurden 5 veranstaltet. Der Gesellschaft diente ein Familienabend, der einen lebhaften, harmonischen Verlauf nahm. An den Marktfurten vom Gen. Stadtrat Dieß beteiligten sich 6 Genossinnen.

Die Mitgliederzahl erhöhte keine wesentliche Erhöhung; es rührte daher daß wohl 273 Genossen und 84 Genossinnen eintraten und 66 bzw. 11 zureitern, daß aber auf der andern Seite durch Abreise 344 bzw. 33 wieder verloren gingen. Gen. Sigmund gab, wie schon erwähnt, zu diesem Besondere einige Ergänzungen, ebenso Genossin Fischer, die die Genossen aufmunterte, überreichte die Frauensektion so viel wie möglich zu fördern. — Den Massenbericht gab Gen. Krüger, den Bericht der Revisoren Gen. Lang. Der Stand der Kasse ist ein guter.

Die Diskussion zum Geschäfts- und Massenbericht war eine sehr kurze, es beteiligten sich an derselben nur die Gen. Künze und Kolb mit kurzen Bemerkungen.

Zu Punkt 2: „Neuwahl des Vorstandes“, lag ein Antrag vor, den engeren Vorstand durch einen Ausschuß zu erweitern, dem eine Reihe von Genossen aus den verschiedenen, mit der Partei in Beziehung stehenden Organisationen angehören sollen. Dem engeren Vorstand soll sich der erweiterte anschließen, in dem die sozialdemokratische Stadtratsfraktion, die Bürgerausschussfraktion, das Gewerkschaftsstell und die Rechtskommission vertreten sein sollen, außerdem sollen eine Anzahl, etwa 7 Genos-

sen, aus der Versammlung zugewählt werden. — Die Versammlung stimmte diesem Vorschlage zu. — Die dann folgenden Neuwahlen zeitigten folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Gen. Sigmund, 2. Vorsitzender Gen. Kolb, Kassier Gen. Krüger, Wahlkreisleiter Gen. Schwert, 1. Schriftführer Gen. Rothweiler, 2. Schriftführer Gen. Dietrich, Revisor Gen. Kruse. Die Frauenorganisation wählt ihre Vertreterin in ihrer heutigen Generalversammlung. In den erweiterten Vorstand wurden die Genossen Fischer, Abele, Argast, Wüster und Krebs gewählt, zu Revisoren die Genossen Fr. Krebs, Busse und Lang, in den Bildungsausschuß die Gen. Kullmana, Höhn und Kühner.

Der 4. Punkt: „Stellungnahme zu den Landtagswahlen“, kam nicht ganz zur Erledigung. Nach einem Referat des Gen. Marum über die nächsten Landtagswahlen und einigen informatorischen Mitteilungen des Gen. Kolb wurde die Beratung der vorgeschrittenen Zeit wegen vertagt.

Wir werden, wenn nötig, über die Referate anlässlich der nächsten Versammlung berichten.

#### Die Frauensektion des sozialdem. Vereins

hält heute Abend 1/2 9 Uhr in der Restauration „Auerhahn“ ihre diesjährige Generalversammlung ab. Im Anschluß an dieselbe wird Gen. Trinks einen Vortrag halten über „Die Aufgaben der sozialdem. Kinderkommissionen“. In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es dringend erforderlich, daß alle Genossinnen zu der Generalversammlung erscheinen.

#### Darlanden.

In den letzten Tagen zirkulierte im Vorort Darlanden ein Protektions schreiben, das sich gegen die grobe Mißachtung des Einmündungsvertrags durch die Karlsruher Stadtverwaltung richtete. Das Schreiben ist von mehreren hundert Einwohnern unterschrieben worden. Es wird darin gesagt, daß, wenn die Regierung nicht unterzüglich dafür sorgt, daß die Stadt Karlsruhe ihren Verpflichtungen nachkommt und die städtische Straßenbahn nach Darlanden durchführt, auch der Vorort Darlanden jede finanzielle Verpflichtung der Stadt gegenüber einstellen werde.

Fleisch-Preise. Die städt. Schlachthofdirektion teilt mit, daß infolge erheblichen Rückgangs der Schweinepreise im Inland innerhalb der letzten Tage der Bezug von ausländischem Schweinefleisch eingestellt werde und daß sich die Metzger-Znnung bereit erklärt habe, vorerst folgende Preisermäßigungen eintreten zu lassen: Schweinefleisch im allgemeinen 92 Pf. (statt bisher 96 Pf.), Schweinefleisch mit Schwarte, wie gewachsen 80 Pf. (statt bisher 84 Pf.), Koteletts ohne Beilage 1,05 Mk. (statt bisher 1,10 Mk.), Schmer und Speck 90 Pf. (statt bisher 96 Pf.) für das Pfund; für Pöckelfleisch und Schinken bleiben vorerst die bisherigen Preise bestehen.

Milchverkauf im Stadtpark. Einer Anregung des Vorstandsausschusses der Stadtverwaltung entsprechend beschloß der Stadtrat, im Stadtpark und zwar in der Nähe des Schwarzwaldhauses, eine Milchverkaufsstelle (glaserner Ausverkauf guter Milch zum Preis von 10 Pf.) einzurichten.

Besuch der städtischen Volksschule. Das Rektorat der städt. Volksschulen berichtet über den Besuch der Volksschulen nach dem Stande vom 5. April d. J. Demnach werden in 488 Klassen 17 211 Schüler und Schülerinnen unterrichtet gegen 16 923 in 424 Klassen in demselben Zeitpunkt des Vorjahres.

Ein frecher Raubüberfall wurde gestern früh gegen 11 Uhr im Hause des Mesdingkinotheaters ausgeführt. Ein Unbekannter fragte das ihm öffnende Dienstmädchen nach der Herrschaft. Als er zur Antwort erhielt, daß diese nicht zu Hause sei, warf er dem Mädchen eine Handvoll Pfeffer ins Gesicht. Das Mädchen wollte sich zur Wehr setzen, worauf der Unbekannte auf das Mädchen einrang und sie heftig würgte. Auf ihr Geschrei hin sprang der Täter die Treppe hinab. Die Polizei nahm sofort die Suche nach dem Unbekannten auf. Angefaßt 2 Schulleute mit mehreren Polizeibunden forschten noch dem Täter; obgleich das ganze Haus abgesucht wurde, konnte keine Spur von dem Unbekannten gefunden werden. Man nimmt an, daß er über das Dach eines Nachbarhauses geflohen ist. Das Dienstmädchen hat nur leichte Verletzungen erlitten. Im Laufe des Tages wurden verschiedene Verhaftungen vorgenommen, das Mädchen erkannte aber in keinem der ihm vorgestellten Männer den Täter. In der Stadt waren über den Überfall die übertriebenen Gerüchte im Umlauf, u. a. wurde im Publikum erzählt, der zum Tode verurteilte Pförzmeister Wöber sei ausgebrochen.

Beschreibung des Täters: 25—30 Jahre alt, mittelgroß, unterleht, langes schwarzes Haar, dunkelblondes, aufgestellter Schnurrbart, anscheinend einige Wochen nicht rasiert, gut erhaltene Kleidung; spricht den Dialekt hiesiger Gegend. Im fachliche Mitteilungen an die Schutzmannschaft, welche zur Entdeckung des Täters führen können, wird gebeten.

Ein Zusammenstoß zwischen einem Radfahrer und einem Automobil erfolgte gestern nachmittag in der Marktstraße bei der Kreuzung. Hierbei wurde das Fahrrad zertrümmert. Personen kamen nicht zu Schaden.

Eine Schaufensterscheibe im Werte von 150 Mk. wurde gestern nachmittag an einem Baderladen in der Stadtstraße von einem fünf Jahre alten Knaben mutwilligweise eingeworfen. Logisbetriebe verübte eine 22 Jahre alte Komorzistin aus Pförzheim in letzter Zeit wiederholt in hiesiger Stadt unter des falschen Vorwandes, sie sei eine Fabrikantenochter aus Pförzheim und verfüge über bedeutendes Vermögen. Die Logis- bzw. Kostgeber wurden teilweise um namhafte Beträge geschädigt.

Aufgegriffen wurden zwei Mädchen von 16 bzw. 18 Jahren, welche ihren in Gondelsheim, Amt Bretten, wohnenden Eltern mittelst Automobils entführt wurden und welche mit zwei jungen Kaufleuten nach Amerika reisen wollten.

#### Vergnügungen und Unterhaltungen.

Colosseum. „Johs lustige Bühne“ hat es auf dem Gewissen denn zahlreiche Karlsruher unter schmerzlichen Erklärungen des Buerckells leiden, die sie sich bei der gestrigen Eröffnung der 4. Novitäten des diesjährigen Gastspiels zugewogen haben. Sie segelt unter der vielversprechenden Flagge „Ein dreieckiges Verhältnis“. Eigentlich eine gar zu tolle Geschichte, die der Verfasser hier verzapft. Aber was die lustigen Gäste mit ihrem neuesten Schloher bezwecken, das erreichen sie voll und ganz, denn das vollbesetzte Haus schüttelte sich nur so vor Lachen. Wie aber auch die agierenden Personen in dem einzelnen Szenen durcheinandergewürfelt werden und dann zu unweiliger Zeit wieder aufzulaufen, wirkt zu spassig, noch dazu, wenn die Darsteller so routinierte Schauspieler sind wie bei „Johs lustiger Bühne“. Ein Abend bei Joh geht ab diesmal nicht zu den verlorenen. „Ein dreieckiges Verhältnis“ geht nur noch bis einschließlich Freitag in Szene. Am Samstag, 26. bis Mittwoch, 30. April, den letzten 5 Gastspielabenden, gelangen die beiden Novitäten „Die Brautnacht“ und „Mein Freund, das Raß“ zur Aufführung.

2.  
d gut  
erren-  
at ge-  
in ei-  
tt. 10  
lacher-  
je 79.  
agen  
r. 4.  
57  
ummern  
Zust  
564  
5.  
W  
beehre  
Uhr  
und  
80).  
20).  
und  
n der  
und  
Orts-  
lagen  
25).  
wclagt  
wahl-  
andes  
dem  
eriger  
stati.  
449  
ger.  
a bon  
ngen.  
eder  
mit  
Georg,  
fäfer,  
Wiri.  
Woff-  
leuna,  
eodor  
2 J.  
eiter,  
abrich-  
hain,  
Red.  
erger,

### Euftschiffahrt und Flugsport.

**Fliegerabsturz.**  
**Troyes, 21. April.** Ein Militär-Doppeldecker ist gestern in Mailly abgestürzt. Der Apparat fiel auf eine Baumkrone. Die beiden Insassen, zwei Unteroffiziere, wurden schwer verletzt und mußten in Hospital gebracht werden.  
**Willa Coublan, 21. April.** Der Offiziersflieger Deblamont ist aus einer Höhe von 100 Metern tödlich abgestürzt.

### Neues vom Tage.

**Zur deutschen Fliegerlandung in Frankreich.**  
**Metz, 23. April.** Die deutschen Militärflieger Hauptmann Dewall und Leutnant Bierbach haben, wie aus Nancy gemeldet wird, gestern nachmittags 5 Uhr Arracourt auf dem Luftwege wieder verlassen. Vor ihrem Aufstieg drückten die beiden Offiziere dem an Ort und Stelle anwesenden Unterpräfecten von Luncheville ihren Dank für das ihnen erwiesene Entgegenkommen aus. Der Zweidecker erhob sich in die Luft, ohne daß seitens der sehr zahlreichen Zuschauermenge eine Kundgebung erfolgt wäre. Um 7 Uhr abends sind die beiden Flieger an der hiesigen Fliegerstation eingetroffen.

**Gerüchteinfuhr.**  
**Essen, 23. April.** Auf der Zeche „Radbod“ bei Gerne, auf der sich feinerzeit das schreckliche Unglück ereignete, stürzte ein Gerüst mit drei Arbeitern in einen Schacht, zwei wurden getötet, einer lebensgefährlich verletzt.

**Von Zigeunern erschossen.**  
**Dalle a. d. S., 23. April.** Bei Gütersberg wurde ein Gendarm, als er eine Zigeunerbande über die Grenze geleitet hatte, plötzlich durch fünf Schüsse niedergestreckt. Der Beamte, der schwer verwundet ist, wurde erst in später Nacht hilflos aufgefunden. Die Zigeuner entkamen.

**In den Flammen umgekommen.**  
**Sirchberg i. Schl., 22. April.** In Sirchbach brannten die Häuser der Witwe Kriegel und des Häuslers Friebe nieder. Das sechsjährige Mädchen der Frau Kriegel verbrannte. Friebe wurden unter den Trümmern tot aufgefunden.

**Scheußliche Mordtat.**  
**Krausau, 21. April.** Im Dorfe Kaslowice fand man den 70 Jahre alten Bauern Smajta an einem Baume an den Füßen aufgehängt. Der Kopf steckte im Aste. Der Tod ist durch Erdrosselung eingetreten. Des Mordes verdächtig sind seine beiden Brüder, die mit ihm einen Grundstücksprozeß führten. Beide wurden verhaftet.

**Schweres Unglück auf dem Schießplatz.**  
**Wlsgau, 24. April.** Dem „Berliner Lokalanzeiger“ zufolge wurden gestern auf dem Truppenübungsplatz Neuhammer, wo das Niederösterreichische Pionierbataillon Nr. 5 zur Zeit Übungen abhält, bei einem Sprengversuch der Leutnant Katterwe getötet; Oberleutnant der Reserve Müller-Kranichfeldt aus Stettin und Landwachtmeister Regierungssachsefer Dahnert aus Danzig wurden schwer verletzt. Auch ein Feldwebel und ein Pionier hatten Verletzungen erlitten.

**Ueberschwemmung.**  
**Newyork, 23. April.** Ein Telegramm aus Widsburg meldet, daß bei Maryville ein schwerer Dammbruch erfolgte. 1130 Quadratmeilen Landes stehen unter Wasser. Da es sich um reiche Baumwollplantagen handelt, die überschwemmt sind, ist der Schaden sehr groß. Man schätzt ihn auf mehrere Millionen Dollar. Ueber 15 000 Personen sind obdachlos. Nach einer Schätzung beträgt der Schaden etwa 7 1/2 Millionen Dollar.

### Der Balkan-Konflikt.

**Der Fall von Skutari.**  
**Wien, 23. April.** Die „Südslawische Korresp.“ meldet aus Cattaro: Soeben trifft die Nachricht ein, daß Skutari gefallen sei. Die montenegrinischen Truppen ziehen bereits in die Stadt ein. König Nikita und die Prinzen werden heute ihren feierlichen Einzug in die Stadt halten. Es ist anzunehmen, daß die Kuglojigkeit weiteren Widerstandes einmah, den Truppen den Befehl zur Einstellung des Widerstandes gegeben, nachdem der Zarabosch in die Hände der Montenegriner gefallen war. Der hartnäckige Kampf um die Stadt wurde durch die serbische Artillerie entschieden, welche die türkischen Batterien der Reihe nach zum Schweigen brachte. Die Montenegriner hatten in der Nacht vom Montag auf Dienstag alle entscheidenden Stellen genommen. Der Plan des nächtlichen Generalsturmes war von dem serbischen General Vojovitch und dem Kriegsminister Martinowitch ausgearbeitet worden. Die Türken scheinen durch die Angriffe der montenegrinischen Truppen, welche mit großer Tapferkeit vorgingen, überrumpelt worden zu sein. Die Stellungen bei Brdiza fielen sehr rasch. Die Stadt Skutari soll durch die Kanonade zum größten Teil in Trümmern gelegt worden sein. In Cetinje herrscht ungeheurer Jubel. Die Sperre der Grenzen wird heute aufgehoben werden.

**Belgrad, 23. April.** Die Nachricht von der Eroberung Skutaris hat hier größte Freude hervorgerufen. Die Häuser sind beflaggt und in der Stadt wurden insbesondere vor dem Palais stürmische Kundgebungen veranstaltet. — In der Skupstina teilte Ministerpräsident Rafitsch die freudige Nachricht von dem Fall Skutaris mit, die ihm von dem serbischen Gesandten in Cetinje zugegangen sei. Die Skupstina beschloß unter stürmischen Zuvorsetzen, die montenegrinische Skupstina zu dem Sieg der montenegrinischen Armee telegraphisch zu beglückwünschen. Die Opposition hatte verlangt, daß die Sitzung zum Zeichen der Freude geschlossen werde. Dieser Antrag wurde abgelehnt und die Sitzung lediglich auf eine halbe Stunde unterbrochen.

**Wien, 23. April.** Nach einer Äußerung von maßgebender Stelle kann der Fall Skutaris an der von den Mächten beschlossenen Zugehörigkeit der Stadt zu Albanien nichts ändern. Zweifellos aber wäre die Durchführung dieses Beschlusses ohne die Uebergabe Skutaris leichter gewesen. Indessen wird der Beschluß jedenfalls durchgeführt werden.

### Letzte Nachrichten.

**Die Reichstags-Ersatzwahl in Bamberg.**  
**Bamberg, 24. April.** Bei der Reichstagsersatzwahl, die durch den Tod des Zentrumsabgeordneten Dr. Schäbler notwendig geworden war, ist der Zentrumskandidat, Domprediger Reichert, gewählt worden. Er erhielt nach der vorläufigen Zählung 14 065 Stimmen. Für den liberalen Kandidaten Krauß wurden 2673, für den Sozialdemokraten Boegel 3928 Stimmen abgegeben.

noch aus, sie können aber an dem Resultat nichts mehr ändern. Der Wahlkreis Bamberg-Stadt und Bamberg-Land hat seit 1871 ununterbrochen Vertreter der Zentrumsparthei in den Reichstag enthandt.

### Der Fall Borchardt vor dem Reichsgericht.

**Leipzig, 23. April.** Der zweite Strafsenat des Reichsgerichts beschäftigte sich heute mit der bekannten Affäre im preussischen Abgeordnetenhaus, bei der sich die Landtagsabgeordneten Borchardt und Leinert des Hausfriedensbruchs schuldig gemacht haben sollen. Die beiden Angeklagten hatten gegen ihre Bestrafung Revision eingelegt. Der Reichsanwalt beantragte Verwerfung der Revision. Die Publikation des Urteils wurde auf den 6. Mai vertagt.

### Der Generalstreik in Belgien.

**Brüssel, 23. April.** Der Parteausschuß der sozialistischen Partei hat heute einstimmig beschlossen, dem auf morgen um 10 Uhr einzuberufenden Parteitag vorzuschlagen, die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit zu beschließen. Die Resolution des Parteausschusses, der aus 300 Mitgliedern besteht, konstatiert die Tatsache, daß der Streik eine Ausdehnung ohne gleichen genommen habe und eine erfreuliche Solidarität der Arbeiterklasse im Kampfe um das allgemeine, gleiche Wahlrecht gezeigt habe. Er habe das Gute gehabt, daß er während der ganzen Zeit Erörterungen der Wahlrechtsfrage herbeigeführt habe und er habe erreicht, daß eine Kommission ernannt werde, die sich auch mit den Kammerwahlen zu befassen habe. Der Generalstreik habe daher den Erfolg gehabt, den er haben konnte.

**Brüssel, 23. April.** Heute vormittag sind drei liberale Brüsseler Blätter nicht erschienen, weil ihre Buchdrucker gestern nacht erneut in den Streik getreten sind.

**Wasserstand des Rheins.**  
 24. April.  
 Schusterinsel 2.06 m, gef. 11 cm, Rehl 3.11 m, gef. 8 cm  
 Ragau 4.71 m, gef. 13 cm, Mannheim 4.16 m, gef. 9 cm.

### Vereinsanzeiger.

**Deutscher Arbeiter-Sängerbund, Gau Baden.** Den verehrl. Bezirksvereinen zur Kenntnis, daß die fällige Sängerversammlung nebst Chorleistung in der Restauration zum „Auerhahn“, Schützenstraße 58, zum Abholen bereit liegt. 513  
**Untergrömbach.** (Sozialdem. Verein.) Samstag, den 26. April, abends halb 9 Uhr, im „Deutschen Kaiser“, Generalversammlung, wozu sich die Mitglieder recht zahlreich einfinden wollen. 569

### Geschäftliches.

**Gauwirtschaftliches.** Auf mehrere Millionen Mark könnte man die Verluste beziffern, welche die deutsche Volkswirtschaft alljährlich erleidet durch Verwendung scharfer und die Wäsche schnell zerstörender Waschmittel. Die Hausfrauen wissen auch aus eigener Erfahrung, wie hoch die Kosten sind für Neuananschaffung von Wäsche infolge zu schneller Verschleißens. Deshalb sollte jede Hausfrau bei der Auswahl von Waschmitteln vorichtig und besonders mißtrauisch sein gegen neuauftauchende Fabrikate. Dr. Thompsons Seifenpulver, Marke Schwan, hingegen hat sich seit länger als 30 Jahren überall bewährt, weil es garantiert unschädlich ist und die Wäsche nicht angreift. Ebenso unschädlich ist das von den Herren Dr. Thompsons Seifenpulver, G. m. b. H., in Düsseldorf, in den Handel gebrachte Bleichmittel Seifenz, das einen vollständigen Ersatz für Rasenbleiche bietet.

Der heutigen Auflage von Durlach und umliegenden Ortschaften liegt ein Prospekt „95 Pfg.-Tage“ der Firma Paul Burchard, Durlach, Hauptstraße 56 a, bei, welchen wir besonderer Beachtung empfehlen. 566

# Grosser Strumpf- u. Handschuhverkauf

Nur 3 Tage! Außergewöhnlich billige Preise! Nur 3 Tage!

Donnerstag	Freitag	Samstag
Ueber 8600 Paar Strümpfe	Herren-Socken	Ueber 9500 Paar Handschuhe
Damen-Strümpfe	Macco-Socken, ohne Naht, Paar 55, 42	Damen-Handschuhe
Damen-Strümpfe	Vigogne-Socken, grau-meliert, Paar 35, 25	schwarz, weiss und farbig, mit und ohne Druckknöpfe
Damen-Strümpfe	Fantasie-Socken in Seidenimitation, Paar 75	Paar 45 35 18
Damen-Strümpfe	Fantasie-Socken in Changeant la. Eil d'Ecosse, Paar 1.25	Damen-Handschuhe
Damen-Strümpfe	Hahenschweiss-Socken	Perflet oder dänisch Lederimitation, schwarz und alle Farben, Paar 80 65
Damen-Strümpfe	Allein-Verkauf für Karlsruhe	Damen-Handschuhe
Damen-Strümpfe	Extra-Preise	mit Seidengriff oder Leinenimitation mit Perlmutterknöpfen, Paar 1.10 95
Damen-Strümpfe	Besondere Vorzüge:	Damen-Handschuhe
Damen-Strümpfe	Verstärkte Fersen und Spitzen!	lang, in Perflet oder Streifenmuster mit und ohne Druckknöpfen, in allen Farben, Paar 50
Damen-Strümpfe	Ohne Naht gearbeitet!	Damen-Handschuhe
Damen-Strümpfe	Nicht einlaufend! Nicht filzend!	lang, eleg. Blumenmuster, Musketaire und beste Leinenimitation, Paar 1.25 90
Damen-Strümpfe	Für empfindliche Füße besonders geeignet!	Damen-Handschuhe
Damen-Strümpfe	Kinder-Strümpfe	lang, Perflet aus Seidenflor oder glatten Leinengeweben, Paar 1.95 1.65
Damen-Strümpfe	schwarz und lederfarbig, nahtlos, beste Schulstrümpfe:	
Damen-Strümpfe	„Reclame“	
Damen-Strümpfe	Grösse 1 2 3 4 5 6 7 8	
Damen-Strümpfe	Paar 25 30 35 40 45 50 55 60	
Damen-Strümpfe	„Durabel“	
Damen-Strümpfe	Grösse 1 2 3 4 5 6 7 8	
Damen-Strümpfe	Paar 45 50 55 60 65 70 80 90	

Söckchen	Glacé-Leder-Handschuhe
schwarz, weiss, lederfarbig, nahtlos, starke Qualität	Lammleder, für Damen . . . . . 0.95
Grösse 1 2 3 4 5 6	la. Lammleder, für Damen und Herren Paar 2.50 1.75
Paar 25 30 35 40 45 50	la. Ziegenleder, Garantiehandschuhe . . . . . Paar 3.25
Söckchen	Halbhandschuhe
mit farbigem Wollrand, daher nicht herabgleitend	kurz, schwarz, weiss und farbig . . Paar 65, 45, 15
Grösse 1 2 3 4 5 6	Lange Halbhandschuhe
Paar 40 45 50 55 60 65	in Längsstreifen u. mod. Blumenmust. P. 1.25, 75, 30

Landauers Handschuhe und Strumpfwaren sind unübertrefflich.

**Kinder-Sweater**  
 Sommertrikot mit 1/2 u. 1/2 Aermel, in vielen Farben  
 Grösse 1 2 3 4  
 75 85 95 1.05

## Hugo Landauer

Mode- und Aussteuerhaus  
 Kaiserstr. KARLSRUHE Lammstr.

**Knaben-Sport-Hemden**  
 in gestreiften Percal- oder Tennisstoffen, schöne Streifenmuster  
 Grösse 60 70 80 90  
 1.15 1.40 1.65 1.90

### Besonders billiges Angebot

in  
Benützen Sie diese günstige  
Gelegenheit zum Einkauf!



**Damen-Schnür-Halb-  
schuhe**, echt Chevreaux,  
braun und schwarz, moderne  
Formen . . . statt 7.50 jetzt **4.98**

**Damen-imit. Chevreaux-Knopf-  
halbschuhe**, mit Lackk. . . jetzt **4.98**

## Schuhwaren

**Damen-Schnürhalbschuhe**  
echt Chevreaux, mit u. ohne Lackkappe  
statt 7.50 **5.95**

**Damen-Schnürstiefel**  
echt Chevreaux, mit u. ohne Lackkappe  
statt 7.50 **5.95**

**Damen-Schnür-Halbschuhe**  
braun, echt Chevreaux, mit u. ohne Lackkappe,  
hochelegant . . . statt 10.50 **7.50**

**Braun echt Chevr.-Kinderstiefel**  
bequeme moderne Form  
31-35 **4.98** 27-30 **4.65**

## Korintenberg

Karlsruhe, Kaiserstr. 118.

### Gewerbeschule Karlsruhe. Einladung.

Zu der am Freitag, den 25. ds. Mts., abends 8 Uhr,  
im großen Festsaal stattfindenden Aufführung:

### „Urweltstage“

stehen der Schule eine Anzahl Eintrittskarten zur Verfügung.  
Die Schüler und Schülerinnen, die die Aufführung zu besuchen  
wünschen, werden ersucht, die Eintrittskarten persönlich beim Haus-  
meister der Gewerbeschule, Birtel 22, alsbald abzugeben.

Karlsruhe, den 22. April 1913.

Der Gewerbeschulvorstand:  
Rektor K u H n.

**Zu verkaufen.** Gebrauchte  
Kücheneinrichtung für 30 Mk.  
Bunfenstr. 10, 3. Et. links.

**Stuhlfllechterei**  
R. Lantinger, Marienstr. 75, 4.

## Sonder-Preise

Bis einschl. Samstag

561

### Mädchen- u. Knaben- Kleidung

## Hermann Tiefz



**Arbeiter-Radfahrerbund**

„Solidarität“

Gau 22. Bezirk 3.

Samstag, den 27. April, 555

### Bezirksausfahrt mit Musik

Sammelpunkt in Ettlingen, zur Gaudbrunnshalle, punkt  
1 Uhr Abfahrt nach Reichenbach, Balmbach, Stupferich, Meins-  
steinbach, Söllingen, Berghausen, Durlach. Es ist Pflicht sämt-  
licher Vereine des dritten Bezirks sich daran zu beteiligen.

Der Bezirksausflug.

### Quieta!

Nährsalzreicher  
Kaffee-Ersatz

Preis 70 Pfg.

**Krafttrunk**

(Schwächelkur)

Dose Mk. 1.-

und Mk. 2.-

Das tägliche Getränk  
vieler Tausend!

Es gibt nichts Besseres!

Verlangen Sie nur:

Marke Quieta! in

Drogen- und Kolon-

ialwarengeschäften

Wo nicht erhältlich

schreiben Sie an:



Quieta-Werke, Bad Dürkheim.

### Französischer Rotwein

garantiert rein

per 1/2 Ltr. **20** Pfg.

per 1 Ltr. **75** Pfg.

bei 5 Ltr. **80** Pfg.

### Luger und Filialen

Verkaufsstellen:

in Karlsruhe,

Marienstraße 68a.

in Durlach, Hauptstr. 29

„ „ „ „ „

„ „ „ „ „

„ „ „ „ „

„ „ „ „ „

„ „ „ „ „

„ „ „ „ „

„ „ „ „ „

„ „ „ „ „

„ „ „ „ „

„ „ „ „ „

„ „ „ „ „

„ „ „ „ „

„ „ „ „ „

„ „ „ „ „

„ „ „ „ „

„ „ „ „ „

„ „ „ „ „

„ „ „ „ „

„ „ „ „ „

„ „ „ „ „

„ „ „ „ „

„ „ „ „ „

„ „ „ „ „

„ „ „ „ „

„ „ „ „ „

„ „ „ „ „

„ „ „ „ „

„ „ „ „ „

„ „ „ „ „

„ „ „ „ „

„ „ „ „ „

„ „ „ „ „

„ „ „ „ „

„ „ „ „ „

„ „ „ „ „

„ „ „ „ „

„ „ „ „ „

„ „ „ „ „

„ „ „ „ „

„ „ „ „ „

„ „ „ „ „

### Bulach, 592

Karlstraße 1, schöne freundliche  
2-Zimmer-Wohnung  
sodort oder später an ruhige  
Leute zu vermieten. N. Haus.  
Näh. dabei bei Küfer Dec.

### Gräue Haare

Kopf oder Bart, erhalten ihre  
Farbe und natürlichen Jugend-  
glanz durch meinen erprobten  
und bewährten Haarfarbewieder-  
hersteller „Armutator“  
1/2 Fl. Mk. 3.-, Porto 20 Pfg.,  
Nachnahmeporto extra. 6641

K. Kaltenbach,  
Straßburg i. El., Regasse.

Steuernfreie amortisierbare  
**122 800 000** Mk.  
4 1/2 % R. R. Oesterreichische  
Staats-Eisenbahn-Anleihe  
à 93 für Mk. 100.—  
werden am 26. ds. Mts. zur  
Rechnung aufgelegt und bitten  
um frühzeitige Anmeldungen  
hierauf 570

**Carl Göb, Bank-  
geschäft**  
Karlsruhe, Hebelstraße 11.  
**Klavier-Unterricht!**  
Parteienoffe, langj. musik.  
Stud. u. Erfahrung, erteilt gründ-  
lichen, billigen Klavierunterricht.  
Zu erfragen in der Expedition  
des „Volkstrend“.

**Sportklappwagen** m. Dach  
gut erb.  
zu vert. Gewisstr. 25, 4. Et. l.

### Café-Restaurant

## Zum Moninger

I. Obergeschoß **Aufgang Kaiser- und Karlstraße.**

Die Eröffnung der neu eingerichteten Räume findet  
Donnerstag, den 24. April, abends statt.

Zum Besuch ladet ergebenst ein

Franz Pohl.

563

### Pfannkuch & Co

### Leigwaren

### und Dürrobst:

### Bruch- Maccaroni

Pfd. **28** Pfg.

### Maccaroni offen

dicke Pfd. **30** Pfg.

dünne Pfd. **36** Pfg.

Feinste

### Maccaroni

— nur in Paketen —  
Italiener I. Pfd. **38** Pfg.

1/2 Pfd. **42** Pfg.

1/2 Pfd. **50** Pfg.

1/2 Pfd. **60** Pfg.

### Gemüse-Rubeln

breite Hausmacher  
Pfd. **32** an

### Feinste Hausmacher

— nur in Paketen —  
1/2 Pfd. **36** Pfg.

### Eier-Hausmacher

— nur in Paketen —  
1/2 Pfd. **42, 50**

und **60** Pfg.

1/2 Pfd. **21, 25**

und **30** Pfg.

### Zwetschgen

Pfd. **26** Pfg.

### Feinste Pflodjajewtschgen

— in Paketen —  
1/2 Pfd. **40 u. 60**

1/2 Pfd. **40 u. 60**

ohne Stein **60** Pfg.

### Zwetschgen

Pfund **28** Pfg.

### Kranzfeigen

Pfund **28** Pfg.

### Birnschnitze

Pfd. **25** Pfg.

### Feinste ganze Birnhutzel

Pfd. **30** Pfg.

### Dampfpfäfel

Pfund **45** Pfg.

### Californische Pfirsiche und Birnen 5786

Pfd. **60** Pfg.

### Aprikosen

Pfd. **70** u. **1.-**

### Datteln

Pfd. **35** Pfg.

### Mischobst

— sehr beliebt —  
Pfd. **40 u. 50** Pfg.

Bestes  
ohne Stein **60** Pfg.

### Pfannkuch & Co

C. M. H. M.  
den bekanntesten  
Verkaufsstellen



# Grosse „Konfektions-Woche“

Zu ausserordentlich billigen Preisen gelangen zum Verkauf:

über **450 Jacken-Kostüme** in blau, schwarz und englischartigen Stoffen auf Seide und Halbseide

Klasse I	Klasse II	Klasse III	Klasse IV	Klasse V
<b>62.00</b>	<b>49.00</b>	<b>39.00</b>	<b>29.00</b>	<b>17.50</b>

über **300 Kleider** in Mousseline, Batist, Wolle, Voile, Seide darunter elegante Modelle

Klasse I	Klasse II	Klasse III	Klasse IV	Klasse V
<b>36<sup>75</sup> bis 98<sup>00</sup></b>	<b>29.50</b>	<b>19.50</b>	<b>13.50</b>	<b>9.00</b>

über **400 Mäntel** in Wolle, Popeline, Lüster, Eolienne, Seide und englischen Stoffarten

Klasse I	Klasse II	Klasse III	Klasse IV	Klasse V
<b>39.75</b>	<b>29.75</b>	<b>19.75</b>	<b>14.75</b>	<b>9.75</b>

über **500 Röcke** in allen erdenklichen Farben und Stoffarten

Klasse I	Klasse II	Klasse III	Klasse IV	Klasse V
<b>7.75</b>	<b>6.95</b>	<b>5.25</b>	<b>2.95</b>	<b>2.25</b>

über **3000 Blusen** in unerreichter Auswahl

Klasse I	Klasse II	Klasse III	Klasse IV	Klasse V
<b>4.45</b>	<b>3.95</b>	<b>2.95</b>	<b>1.85</b>	<b>85</b>
<b>4.25</b>	<b>3.85</b>	<b>2.65</b>	<b>2.45</b>	<b>1.25</b>
<b>11.95</b>	<b>9.95</b>	<b>8.95</b>	<b>6.95</b>	<b>4.95</b>

weiß  
farbig  
Seide

Mein Angebot zeichnet sich durch enorme Preiswürdigkeit aus.

## Hugo Landauer

Karlsruhe.

Beachten Sie die gediegenen Stoffe, die vorzügliche Ausführung und Verarbeitung meiner Konfektion.

### Sozialdemokr. Verein Karlsruhe. (Frauensektion).

Seite Donnerstag, 24. April, 8<sup>1/2</sup> Uhr, in der Restauration „Anerkennung“, Schützenstraße 58

### Generalversammlung.

1. Geschäftsbericht. 2. Neuwahl des Vorstandes.  
3. Vortrag des Genossen Parteisekretär Trinks über: Die Aufgaben der sozialdemokr. Kinderfahrgeschichten.  
Bei der Bedeutung dieser Frage sollte kein Mitglied fehlen!  
Gäste willkommen! 887 Der Vorstand.

Anlässlich des in Karlsruhe über die Pfingstfeiertage stattfindenden

### Sängerkongress des deutschen Arbeiter-Sängerbundes (Gau Baden)

benötigt unterzeichnete Kommission eine große Anzahl Quartiere. Es ergeht daher der Aufruf an titl. hiesige Einwohnerschaft, soweit sie

### Zimmer mit Betten

zur Verfügung stellen will, dies schriftlich unter Preisangabe alsbald an nachstehende Adresse mitteilen zu wollen. 342

Die Wohnungskommission:  
S. A.: Karl Bonning, Amalienstr. 55.

Drucksachen Georg Friedrichstr. 6, III. I. ist ein möbl. Manufakturzimmer billig zu vermieten.

### Städt. Seefischmarkt

Hauptmarkt: In der Fischmarkthalle hinter dem städtischen Bierordbld am Donnerstag nachmittag von 3<sup>1/2</sup>–7 Uhr und Freitag vormittag von 8–11 Uhr

Filialmärkte: Durch den Verkäufer Zipp. Weststadt: In dem Hof des Eichamtes, Sofienstraße 96/98, am Donnerstag vormittags von 9–11 Uhr und nachmittags von 3–6 Uhr.

Oststadt: In der Georg-Friedrichstraße am Freitag vormittag von 8–11 Uhr.

Stadtteil Mühlburg: Ecke Rhein- und Vogesenstraße am Donnerstag nachmittag von 1<sup>1/2</sup>–5 Uhr.  
Karlsruhe, den 23. April 1918. 565

### Städt. Schlacht- und Viehhofdirektion.

**10% auf Stoffe**  
für Anzüge, Paletots, Hosen, Loden- und Kostümstoffe  
nur erstklassige tragfähige Kottbusser Qualitäten empfiehlt  
**Will. Wolf jr.**  
Tuch Engros und Versand-Abteilung  
Eingang Lamstr.

### Herren-Anzüge

in den neuesten Stoffen und Façons, vielen Farben und Ausstattungen empfiehlt

zu **20, 24, 27, 30 bis 40 M**  
Selbstgefertigte **45 bis 65 M**

### Einzelne Hosen

**2.50 bis 10 M** 571

Selbstgefertigte **11 bis 15 M**

Anfertigung nach Mass.

### L. Gretz

Schneidermeister  
27 Marienstrasse 27.